

# GRÜN IST EIN GEWINN

UNSERE BILANZ NACH  
5 JAHREN OPPOSITIONSARBEIT



Eine Publikation der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Brandenburger Landtag

März 2014

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
IM BRANDENBURGER LANDTAG



# LIEBE BRANDENBURGERINNEN UND BRANDENBURGER

**B**raune Spree und die Rechte der Bergbaubetroffenen in der Lausitz, einfachere Volksabstimmungen und freier Zugang zu Informationen, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, die Abkehr von CCS und Agrogentechnik, Alternativen zur Braunkohleverstromung und zur Massentierhaltung: All diese Themen sind mit uns Bündnisgrünen vor bald 5 Jahren in das Parlament eingezogen und werden endlich im Landtag diskutiert.



Axel Vogel,  
Fraktionsvorsitzender

Gleich auf der ersten Parlamentssitzung 2009 setzten wir durch, dass die Ausschüsse künftig für alle öffentlich tagen und die Abgeordneten auf frühere Stasi-Verstrickungen überprüft werden. Kurze Zeit später setzten wir das Land unter Ökostrom: Regierung und Landesbehörden versorgen sich dank unserer Initiative jetzt mit Strom aus 100 % erneuerbaren Energien. Spannungsreiche Debatten bestritten wir auch zum Lärm- und Schallschutz am BER, für ein Klimaschutzgesetz und die biologische Vielfalt. Nicht selten sprang unser Funke über – und wir erreichten einen gerechteren Jugendhilfelastenausgleich für die Kommunen, mehr Mittel für die Regionalen Planungsgemeinschaften oder eine bessere Förderung der Imkerei.

Die Stimmen der kleinsten Fraktion waren oft entscheidend: Mit uns wurden z. B. das Wahlalter 16 und die Antirassismusklausel in der Verfassung verankert. Wir initiierten die Enquetekommission zur DDR-Aufarbeitung und sicherten die Stimmen für die Einsetzung einer Enquete zu zukunftsfähigen Verwaltungsstrukturen. Anträge zur Bekämpfung der Spreeverockerung und Verbesserungen für die Situation von Flüchtlingen gehen auf unser Konto. Wir konnten mit unserem Vorstoß für mehr direkte Demokratie zwar nicht alle Abstimmungshürden senken – dennoch haben wir damit das erste erfolgreiche Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am BER mit ermöglicht. Der von uns beantragte Ausstieg aus der Braunkohle fand zwar keine Mehrheit, aber in den letzten 5 Jahren konnte entgegen rot-roter Planung kein neuer Tagebau genehmigt werden: 120.000 Einwendungen gegen Welzow Süd II sind ein bundesweiter Rekord! Wir stehen an der Seite der Betroffenen, und so war unser Arbeitsplatz in den vergangenen 5 Jahren nicht nur der Abgeordnetenstuhl, sondern auch die Straßen und Plätze bei Blockadeaktionen gegen rechte Aufmärsche, bei Demonstrationen für die Energiewende, für Lärmschutz am BER oder eine regional verankerte ökologische Landwirtschaft.

Brandenburger Medien prägten den Begriff vom „Motor der Opposition“ für unsere Fraktion. Oft sind wir dabei auch Hilfsmotor der Regierung, aber

wir legen auch den Finger in die Wunden, die Rot-Rot allzu gern zukleibt: BER-Milliarden, Qualität von Kitas, Sparen an den Hochschulen, Landgrabbing, die Zustände in Haasenburg-Heimen, intransparentes Regieren.

Mit eigenständiger und konstruktiver Oppositionsarbeit haben wir uns weithin Anerkennung erarbeitet. Wir haben gezeigt, dass harte Auseinandersetzung in der Sache und ein konzilianter persönlicher Umgang kein Widerspruch sein müssen, und für viele unserer Anliegen immer wieder BündnispartnerInnen in anderen Fraktionen gefunden.

Nach 15 Jahren außerparlamentarischer Aktivitäten haben wir diese Legislaturperiode intensiv genutzt, um unseren Beitrag zu leisten, um Brandenburg ökologisch zu modernisieren, Bildungschancen zu verbessern, Demokratie und BürgerInnenrechte zu stärken. Wie uns das gelungen ist: Lesen Sie selbst.

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'AV', written in a cursive style.

# INHALT

<b>Vorwort</b>	03
<b>Ökologische Modernisierung</b>	
<b>Energie und Klima:</b>	
Keine neuen Tagebaue	07
100 % erneuerbare Energien aus und für Brandenburg	11
<b>Natur und Umwelt:</b>	
Spiel mit der Natur	13
Mehr Klasse statt Masse	14
<b>Verkehr:</b> Rad und ÖPNV stehen im Stau	15
<b>Lärm:</b> Gute Nacht, BER?	17
<b>Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften:</b> Gründlicher wirtschaften	19
<b>Bildung</b>	
<b>Schule:</b> Auf die Lehr-Kraft kommt es an	23
<b>Inklusion:</b> Gemeinsames Lernen von Anfang an	25
<b>Kita:</b> Bildungschancen früh gerecht verteilen	26
<b>Lehre, Forschung, Wissenschaft:</b> Geleerte Kassen?	28
<b>Demokratie und BürgerInnenrechte</b>	
<b>Direkte Demokratie:</b> Mehr mitbestimmen	31
<b>Transparenz und VerbraucherInnenenschutz:</b>	
Mehr Öffentlichkeit, bitte!	33
<b>Gleichstellung:</b> Gleichberechtigung für alle	36
<b>Antirassismus und Minderheitenrechte:</b> Willkommen in Brandenburg!	38
<b>Innen- und Rechtspolitik:</b>	
Mehr am Leben ausrichten: Strafvollzug und Polizeireform	39
<b>Enquete 5/2: Reform der Kommunal- und Landesverwaltung:</b>	
Grüner Rückenwind für Kommunen	40
<b>Enquete 5/1: DDR-Aufarbeitung:</b>	
Ende gut, alles gut?!	41
<b>Im Interview:</b>	
Sabine Niels	10
Michael Jungclaus	16
Christoph Schulze	18
Axel Vogel	21
Marie Luise von Halem	29
Ursula Nonnemacher	35
<b>Die MitarbeiterInnen</b>	42
<b>Bi(G)lanzlichter</b>	44
<b>Impressum</b>	46

# Ökologische Modernisierung

Brandenburg kann seinen Strombedarf ab 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Neue Kohletagebaue werden nicht gebraucht – sie bremsen wirtschaftliche Innovationen und schädigen das Klima, vertreiben Menschen aus ihrer Heimat und vernichten ganze Landschaften. Lebensqualität und Wohlstand gewinnt Brandenburg mit Ökolandbau statt Massentierhaltung, mit biologischer Vielfalt statt Agro-Gentechnik, mit sanierten statt immer neuen Straßen, mit mehr Rad- und besserem öffentlichen Nahverkehr. Wir drängen auf 100%igen Schallschutz und das im Volksbegehren geforderte Nachtflugverbot am BER. Wir wollen einen schuldenfreien Haushalt und eine andere Wirtschaftsförderung: mehr regional verankerte Vorhaben statt einzelne Großprojekte.

# KEINE NEUEN TAGEBAUE

Die schon genehmigten Tagebaue in der Lausitz liefern ausreichend Kohle, bis sich Brandenburg ab 2030 zu 100 % aus erneuerbaren Energien versorgen kann. Wir zeigen, dass kein einziger neuer Tagebau nötig und Welzow Süd II nicht genehmigungsfähig ist. Unsere Fraktion stärkt die Rechte der vom Bergbau Betroffenen und hat die Braune Spree zum Thema gemacht.

**M**it rot-roter Rückendeckung will Vattenfall im Jahr 2027 einen neuen Tagebau in der Lausitz – Welzow Süd II – aufschließen und dort bis 2042 Braunkohle fördern. Über 800 Menschen müssten dafür ihre Heimat verlassen und 204 Mio Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid würden ausgestoßen, das Grundwasser abgesenkt und Landschaften zerstört.

## Fraktionsgutachten belegt: Neuer Tagebau ist nicht genehmigungsfähig

Der erste Braunkohleplan von 2011 musste wegen Umweltmängeln überarbeitet werden. Der neue Entwurf erntete 2013 mit 120.000 Einwendungen einen deutschlandweiten Protestrekord. Auch wir fordern den Stopp von Welzow Süd II, weil weder die klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen noch die Existenzen der von Abaggerung betroffenen Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe berücksichtigt wurden. Außen vor blieben die EU-Wasserrahmenrichtlinie und mögliche Alternativen zur Energieversorgung.



Braunkohle-„Landschaft“ in der Lausitz (links); Anti-CCS-Demonstration (rechts)

Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger aus Proschim und Welzow sind keine Umsiedlungsflächen geplant. Der Ort Lieske wäre auf einem schmalen Grat zwischen 2 Fördergebieten eingeklemmt; in Bahnsdorf würden die Menschen nur 100 Meter von der Tagebaukante entfernt leben.

**Fraktion stellt Bergbaubetroffene in den Mittelpunkt**

Die Landesregierung bekommt bereits die Schäden des derzeitigen Kohlebergbaus nicht in den Griff. Tagebau-AnwohnerInnen haben mit unzumutbarem Lärm und Staub sowie starken Schäden an ihren Grundstücken und Gebäuden zu kämpfen und fühlen sich von Vattenfall und der Regierung im Stich gelassen. Die von uns beantragte neutrale Schlichtungsstelle für Bergbaubetroffene tat das Wirtschaftsministerium 2013 erst als unnötig ab, sagte dann die Prüfung einer Schiedsstelle zu und will diese – auf Druck unserer Fraktion – nun im Sommer 2014 einrichten ...

Skandalös ist, dass – im Gegensatz zur Steinkohle – bei Braunkohleschäden die Betroffenen selber beweisen müssen, dass der Bergbau schuld ist. Nur wenige Geschädigte in der Lausitz kommen gegen Vattenfall an – auch, weil ihnen im Gegensatz zum Unternehmen Daten und Karten zur Beweisführung nicht zugänglich sind. Unseren Vorschlag, eine Landesinformationsstelle Bergbau online einzurichten, lehnte Rot-Rot ab. Pikant: Das Kohleland Nordrhein-Westfalen beschloss zur gleichen Zeit solch eine Info-Plattform – unter Beteiligung von RWE. Wir rangen der Landesregierung jedoch das Versprechen ab, sich im Bundesrat mit Nordrhein-Westfalen für die Beweislastumkehr im Bundesbergrecht starkzumachen: Vattenfall muss dann nachweisen, dass es die Schäden nicht verursacht hat.

**ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN**

Rot-Rot will kein CCS in Brandenburg? Unser Anti-CCS-Gesetz lehnt die Regierung ab und schreibt ein CCS-Demonstrations-Kohlekraftwerk in Jänschwalde in ihre Energiestrategie 2030.

Neben uns Bündnisgrünen war die Partei Die Linke Mitinitiator des 2008/09 laufenden Volksbegehrens gegen neue Tagebaue. In der Regierung jedoch stimmte Die Linke gegen unser Gesetz zum mittelfristigen Braunkohleausstieg und gegen unser CCS-Ausschluss-Gesetz.

**Unser Gesetz: CCS wirklich ausschließen**

CCS\* – die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid – sollte den Weg zu neuen Tagebauen freimachen und das Problem des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für Vattenfall und die Landesregierung ein für



Großer Protest gegen den geplanten Tagebau Welzow Süd II mit bündnisgrüner Beteiligung: Ursula Nonnemacher (MdL), Annalena Baerbock (MdB), Benjamin Raschke (Landesvorsitzender), Sabine Niels (MdL) (v.l.n.r. in der Bildmitte)



Hauptursache der Spreeverockerung ist das Auswaschen von Verwitterungsprodukten beim Wiederaansteigen des Grundwassers in ausgekohlten Tagebauen.

## MEHR VON UNS

- Mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohleverstromung [gruenlink.de/7fz](http://gruenlink.de/7fz)
- Braune Spree [gruenlink.de/pog](http://gruenlink.de/pog)
- CCS-Gesetz/ CCS-Kongress [gruenlink.de/poh](http://gruenlink.de/poh)
- Gutachten Welzow Süd II [gruenlink.de/poi](http://gruenlink.de/poi)
- Hilfe für Bergbaubetroffene [gruenlink.de/poj](http://gruenlink.de/poj)

\*CCS: Carbon Capture and Storage = Abspaltung und Speicherung von Kohlendioxid

allemaal begraben. Der von unserer Fraktion im April 2010 organisierte CCS-Kongress in Beeskow förderte die Risiken der umstrittenen Technologie, wie Trinkwasserversalzung und die Unsicherheit der Lagerstätten, zutage. Der Protest der Bevölkerung und unserer Fraktion brachte die unterirdische Kohlendioxid-Verpressung in Brandenburg 2011 schließlich zu Fall. Das von uns eingebrachte Gesetz zum Verzicht auf CCS im Land wollte Rot-Rot allerdings nicht mittragen.

### Fraktion macht Braune Spree zum Thema

Seit 2006 kennt die Landesregierung das Problem der Braunen Spree – auch dessen Ursache, den Braunkohlebergbau, und die schädlichen Folgen für die Umwelt und den Tourismus im Vorzeige-Biosphärenreservat Spreewald. Aber erst unsere Fraktion machte 2011 die Braune Spree zum Thema im Landtag. Anfang 2013 folgten dann alle anderen Fraktionen unserer bündnisgrünen Initiative und beschlossen, die bergbaubedingte Verockerung verstärkt zu bekämpfen. Vor Ort an der Braunen Spree forderten wir im Frühjahr 2013 gemeinsam mit der sächsischen grünen Landtagsfraktion beide Landesregierungen und den Bergbausanierer Lausitzer und Mitteldeutsche

Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zur besseren Zusammenarbeit auf.

2014 sind von den 10 Sofortmaßnahmen der LMBV 7 in Arbeit, 2 werden geplant, eine noch diskutiert. Die aufwändige, bis zu 100 Jahre dauernde Sanierung, die nur schleppend und mäßig erfolgreich vorangehende Eindämmung des Eisenschlammes und fehlende Lösungen für dessen Depositionierung, dazu das Nachströmen neuen Eisens – all dies belegt, dass die Langzeitschäden des Bergbaus nicht beherrschbar sind und nachfolgende Generationen belasten. Der von uns geforderte mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohleförderung und der Verzicht auf die Planung neuer Tagebaue sind die richtige Antwort auf die Braune Spree. ■

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Eisenocker soll laut Rot-Rot allein aus den bereits stillgelegten Tagebauen kommen. Eine wissenschaftliche Untersuchung von Wasserproben im Auftrag unserer Fraktion 2014 wies im Petershainer Fließ am aktiven Tagebau Welzow I bereits Verockerungen nach.

1993 versicherte der erste Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) in der Hornoer Dorfgaststätte, Horno sei das letzte Dorf, das für die Kohle abgebagert wird. Inzwischen stehen bei der SPD-geführten Landesregierung Proschim, Atterwasch, Kerkwitz und Grabko auf der schwarzen Liste.

# SABINE NIELS

**Sprecherin für Bergrecht, Landwirtschaft, Justiz, Europa und Entwicklungspolitik**

## Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?

Darauf, als Opposition so viel erreicht zu haben. Franz Müntefering hatte Unrecht, als er sagte: „Opposition ist Mist“. Vor 5 Jahren dachte ich, wir können „nur“ mahndend den Finger in die Wunde legen. Aber die Erfahrung zeigt mir, mit Willen und Durchsetzungsvermögen kann man sehr viel erreichen, auch in der Opposition.

## Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?

Politisch ist noch einiges offen geblieben wie beispielsweise der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohle oder die Abkehr von der tier- und umweltfeindlichen Landwirtschaft. Eine bittere Erfahrung ist, dass viele meiner Kolleg\_innen im Parlament trotz besseren Wissens und Gewissens aufgrund des Koalitionsfriedens abgestimmt haben, anstatt der eigenen Überzeugung zu folgen und das Beste für das Land rauszuholen.

## Was bleibt in Erinnerung, was hat Sie beeindruckt?

Ich bin immer wieder beeindruckt und berührt, mit welcher Kraft, welchem Engagement und auch Mut sich Menschen in der Lausitz gegen die Tagebaue wehren. Als Davids bieten sie Goliath Vattenfall seit Jahren die Stirn, ob es um neue Tagebaue geht oder die unzumutbaren Belastungen an Lärm, Dreck und Schäden durch die bestehenden Abbaggerungen.



## BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1973 in Berlin · 4 Kinder, alleinerziehend · Wohnort: Fürstenwalde/Spree

**Berufliches:** 1994 bis 2001 Ausbildung und Arbeit als Heilerziehungspflegerin · Arbeit auf eigenem Biohof · Ausbildung zur Video-Interaktionsbegleiterin · 2005–2009 Studium mit Abschluss B.A. Sozialwissenschaften an der HU Berlin

**Politisches:** Gründung AG Nachhaltiger Konsum · Koordinatorin des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ · 2006–2009 Sprecherin der Bündnisgrünen Oder-Spree · seit 2008 Mitglied des Kreistags Oder-Spree

Seit 2009 Mitglied des Landtags · Rechtsausschuss · Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

## Wie hat die Arbeit als Abgeordnete Ihr Leben verändert?

Seitdem ich ins Brandenburger Parlament gewählt wurde, verleihe ich den vielen tausend Menschen im Land, die ebenfalls eine Veränderung wollen, eine Stimme. Um mir die Ziele immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, sehe ich häufiger ins

Auftragsbuch, unser Landtagswahlprogramm. Außerdem bin ich sehr viel in Brandenburg unterwegs, höre zu und unterhalte mich mit anderen. So viel Wissen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, so vielfältige Einblicke habe ich sonst nicht in derart kurzer Zeit erhalten. Mir ist die Arbeit in der Partei auch sehr wichtig. Der Wert der Basisdemokratie erfordert natürlich entsprechend mehr Aufwand. ■

## VERSprochen UND GEHALTEN

- CO<sub>2</sub>-Endlager konnten wir aufhalten.
- In den letzten 5 Jahren konnte trotz entsprechender rot-roter Planung kein neuer Tagebau genehmigt werden.
- Brandenburg betreibt dank unserer Initiative auf Landesflächen keine Gentechnik.

# 100 % ERNEUERBARE ENERGIEN AUS UND FÜR BRANDENBURG

**Brandenburg kann ab 2030 vollkommen auf Braunkohle verzichten und seinen eigenen plus den Berliner Strombedarf aus erneuerbaren Energien decken – das zeigt unsere Studie zur brandenburgischen Energieversorgung. Die Landesbehörden beziehen durch unsere Initiative schon zu 100 % Ökostrom. Mit unserem Klimaschutzgesetz wollen wir Verlässlichkeit für die Energiewende in Brandenburg herstellen.**

**D**reimal bekam Brandenburg den Leitstern für den Ausbau der erneuerbaren Energien – doch der Landesregierung geht dennoch kein Licht auf. In der Mark wird mit 24 Tonnen pro Jahr und Person doppelt so viel Kohlendioxid freigesetzt wie im Bundesdurchschnitt – das übertrifft sogar den Pro-Kopf-Ausstoß in den USA. Statt mit dem Ausbau regenerativer Energien die Braunkohleverstromung und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen zurückzufahren, setzt die Landesregierung weiter auf die Kohle und lockert gar ihre Klimaschutzziele in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

## Grüner Rückenwind für Energiewende

Ein erster Erfolg unserer Fraktion: Seit 2014 versorgen sich alle Landesbehörden zu 100 % aus Ökostrom. Künftig wollen wir sicherstellen, dass die

Stadtwerke Potsdam und Cottbus einen auch in Brandenburg produzierten Ökostrom liefern, statt ihn aus anderen Ländern zu importieren.

Brandenburg ist Stromexportland. Zwei Drittel des im Land erzeugten Stroms stammen aus der Kohle. Dabei decken die in Brandenburg gewonnenen erneuerbaren Energien schon zu zwei Dritteln unseren Strombedarf. Mit dem Ausbau von Stromnetzen, mit intelligenten Speichertechnologien und dem politischen Willen ist Brandenburg bis 2030 in der Lage, seinen Strom – sowie den von Berlin – ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Dafür braucht die umstrittene Biomasseerzeugung nicht zu wachsen. Die Windenergie, die mit zwei Dritteln den Löwenanteil des Ökostrommixes liefern würde, müsste nur um ein Fünftel zulegen – dafür reichen die von der Regierung angestrebten 2 % Landesfläche aus. Der Solarstromsektor ist zu verdoppeln. Das Gutachten belegt auch, dass sich die Stromkosten auf dem Niveau bewegen, das die Bundesregierung für eine Versorgung auf



Jobmotor Energiewende: Mit unserem Klimaschutzgesetz lassen sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt ankurbeln.

**MEHR VON UNS**

- Energiestudie [gruenlink.de/ppe](http://gruenlink.de/ppe)
- Strompreisstudie [gruenlink.de/pox](http://gruenlink.de/pox)
- Ökostrom im Land [gruenlink.de/pol](http://gruenlink.de/pol)
- Klimaschutzgesetz [gruenlink.de/pom](http://gruenlink.de/pom)
- Fraktion zu polnischen Atomplänen [gruenlink.de/pon](http://gruenlink.de/pon)
- Energiesparprojekte an Schulen [gruenlink.de/poo](http://gruenlink.de/poo)



Um Brandenburg im Jahr 2030 mit Strom aus 100 % Erneuerbaren zu versorgen, reichen die von der Landesregierung geplanten 2 % Landesfläche für Windkraftanlagen aus.

\*EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz

Basis von Erdgas prognostiziert. Die Wärmeversorgung – so zeigt es unsere Studie – ist bis zur Mitte des Jahrhunderts aus erneuerbaren Energien möglich, wenn die energetische Sanierung von Gebäuden und die Geothermie befördert werden.

Mit dem Gutachten waren wir in 4 Regionen Brandenburgs zu Gast und haben mit den Menschen vor Ort über die Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit der Energiewende diskutiert.

**Grünes Klimaschutzgesetz kann Wirtschaft ankurbeln**

Unser Klimaschutzgesetz-Entwurf, den wir Anfang 2014 vor Fachleuten und Interessierten erfolgreich präsentierten, verpflichtet zunächst die Landesverwaltung, mittelfristig klimaneutral zu arbeiten.

Dann soll unter breiter Beteiligung von BürgerInnen, Wirtschaft und Verwaltung ein Klimaschutzplan entstehen, der u. a. die Förderung von erneuerbaren Energiequellen sowie die Beratung in Sachen Energie-

effizienz beinhaltet und so zu einem Jobmotor in Brandenburg wird.

Mit der Ablehnung des Gesetzes im Landtag drückt sich Rot-Rot vor der Verantwortung, konkrete Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. Für die nächste Legislaturperiode hoffen wir auf den Rückenwind und die Vorbildwirkung der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, wo solch ein Gesetz das Gewinn bringende Miteinander von Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung bereits unter Beweis stellt.

**Fraktion untersucht Strompreise**

Der steigende Strompreis wird gern mit der Förderung der erneuerbaren Energien begründet. Die EEG\*-Umlage erhöht sich für Familien und Betriebe u. a., weil einige energieintensive Unternehmen in Brandenburg, beispielsweise Vattenfall, die Umlage gar nicht zahlen. Ein anderer Grund sind die Netzentgelte: Ein Brandenburger 4-Personen-Haushalt zahlt dafür in seinem Strompreis jährlich rund 48 € mehr als der Bundesdurchschnitt. Wir ließen die Ursachen der regional höheren Strompreise untersuchen: Weil das Flächenland vergleichsweise mehr und neue Leitungen benötigt, zahlt es drauf. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bund für die faire Verteilung der Netzkosten einzusetzen. ■

**ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN**

In der Energiestrategie 2020 wollte Rot-Rot den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 75 % von 59,5 auf 22,8 Mio Tonnen drücken – in der neuen Strategie 2030 ist nur noch von 25 Mio Tonnen und 72 % Reduzierung die Rede. In dieser Legislatur sanken die klimaschädlichen Emissionen überhaupt nicht.

Mit bezahlbaren Strompreisen begründet Rot-Rot u. a. das Festhalten an Vattenfall und Kohle. Doch trotz der Subventionen für Kohle und der Privilegien für Vattenfall hat Brandenburg hohe Strompreise. Umweltkosten durch belastetes Trinkwasser und schlechte Luft tragen die SteuerzahlerInnen.



Michael Jungclaus protestiert 2012 in Szczecin mit polnischen und deutschen KernkraftgegnerInnen gegen die Pläne der polnischen Regierung, nahe der deutsch-polnischen Grenze ein Atomkraftwerk zu bauen.

# SPIEL MIT DER NATUR

Brandenburg verspielt mehr und mehr seine in den 1990er Jahren erworbene Vorreiterrolle im Natur- und Umweltschutz. Unsere Fraktion hat die Erarbeitung eines Programms für die biologische Vielfalt durchgesetzt, mehr Überflutungsräume für die Flüsse gefordert und im neuen Naturschutzgesetz landwirtschaftliche Mindeststandards vorgeschlagen. Und Rot-Rot? Rollt zurück.



Jede 2. Tierart in Brandenburg ist gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Wenn um sie genauso engagiert gerungen würde wie um den Adler im Potsdamer Plenarsaal, wäre es um die biologische Vielfalt im Land besser bestellt. Auf unseren Antrag von 2011, wie die anderen Bundesländer eine eigene Strategie zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zu erarbeiten, sagte die Landesregierung zu, zumindest Maßnahmen vorzuschlagen. 2 1/2 Jahre später brütet Rot-Rot immer noch darüber ...

Mutlos blieb Rot-Rot auch bei der Neufassung des Naturschutzgesetzes 2012. Von uns geforderte verbindliche Umweltstandards für die Landwirtschaft, z. B. eine 3-gliedrige Fruchtfolge, sollen statt im Gesetz nun in unverbindlichen „Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ versteckt werden. Auch ein besserer Baumschutz und mehr Rechte für die Naturschutzbeiräte waren mit Rot-Rot nicht zu machen. SPD- und Linke-Fraktion ließen in Sachen EU-Vogelschutzgebiete sogar einen Minimalkompromiss ihrer eigenen Landesregierung durchfallen.

## Breitere Flüsse statt immer höherer Deiche

Die sich häufenden Jahrhundertfluten haben in den Ländern ein Deichwettrüsten verursacht, das die Probleme aber nur flussabwärts verlagert und den technischen Hochwasserschutz an Grenzen stoßen lässt. 2010 hat Rot-Rot viele Punkte aus unserem Antrag für mehr vorbeugenden Hochwasserschutz übernommen – aber bis heute keine nennenswerten zusätzlichen Überschwemmungsflächen geschaffen. Mit den anderen bündnisgrünen ostdeutschen Landtagsfraktio-

nen fordern wir in einem 2013 veröffentlichten Positionspapier, die Hochwasservorsorge den Herausforderungen des Klimawandels anzupassen, die Ausbreitung von Flüssen zuzulassen und die Siedlungs- und Landwirtschaftspolitik darauf auszurichten. Wir befürworten Entschädigungen für überschwemmtes landwirtschaftlich genutztes Grünland und eine breite BürgerInnenbeteiligung bei Planungen für Deiche und Retentionsflächen.

## Fraktion deckt Kontrolllücken bei Pestiziden auf

Glyphosat und andere Pestizidrückstände fanden sich in den meisten der von unserer Fraktion und dem BUND 2013 beprobten geschützten Gewässer in Brandenburg. Glyphosat vergiftet nicht nur Frösche und Fische, es ist in der Nahrungskette bei uns Menschen angekommen und gilt als gesundheitsschädlich. Unsere Tests zeigen, dass Verstöße von Landwirtschaftsbetrieben gegen Regeln des Pflanzenschutzes an der Tagesordnung sind – Kontrollen der Landesregierung sind es ganz offensichtlich nicht! Wir fordern Rot-Rot auf, sich im Bund für ein Glyphosatverbot einzusetzen, das Pestizid für den privaten Gebrauch aus dem Handel zu nehmen, LandwirtInnen besser im Umgang mit Glyphosat zu schulen und die Kontrollen zu verstärken. ■

## MEHR VON UNS

- Biologische Vielfalt (Konferenz und Initiativen) [gruenlink.de/poq](http://gruenlink.de/poq)
- Hochwasserschutz [gruenlink.de/pos](http://gruenlink.de/pos)
- Gewässerbeprobung [gruenlink.de/pot](http://gruenlink.de/pot)

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Rot-Rot versprach, der biologischen Vielfalt – wie vom Nachhaltigkeitsbeirat empfohlen – einen gebührenden Platz in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einzuräumen. Heute verkommt die Biodiversität dort zur Randnotiz.

Rot-Rot geißelt Glyphosat in Pressestatements, kuschelt aber vor der Agrarlobby. Einem baden-württembergischen Antrag im Bundesrat zum Verbot des Einsatzes von Glyphosat kurz vor der Ernte stimmte Rot-Rot 2013 nicht zu.

# MEHR KLASSE STATT MASSE

**Wir haben uns gegen den Förderstopp beim Ökolandbau starkgemacht und ein Verbot der Agrogentechnik auf landeseigenen Flächen durchgesetzt. Unsere Fraktion zeigt Rot-Rot, was man gegen die Massentierhaltung und die wachsenden Antibiotikaresistenzen bei uns Menschen tun kann.**

## MEHR VON UNS

- Ökolandbau [gruenlink.de/prd](http://gruenlink.de/prd)
- Agrogentechnik [gruenlink.de/prc](http://gruenlink.de/prc)
- Massentierhaltung [gruenlink.de/pre](http://gruenlink.de/pre)
- „Landgrabbing“ [gruenlink.de/prb](http://gruenlink.de/prb)

**O**bwohl Brandenburg mit 11 % noch bundesweiter Spitzenreiter im Ökolandbau ist, kann es die Nachfrage nach Bioprodukten nur zu 15 % decken. Die Ökoanbaufläche stagniert, auch weil Brandenburg als einziges Bundesland die Umstellung von konventionellem auf Ökolandbau seit 2011 nicht mehr unterstützte. Nach mehreren Anträgen unserer Fraktion kündigte Rot-Rot an, dass ab 2014 eine Förderung wieder möglich ist.

### Grüner Erfolg: keine Agrogentechnik

Beim gentechnischen Pflanzenanbau belegte Brandenburg lange einen unrühmlichen deutschen Spitzenplatz, obwohl die meisten Menschen Agrogentechnik auf dem Teller und auf dem Acker ablehnen. 2011 hat unsere Fraktion erreicht, dass auf landeseigenen

Flächen gentechnisch veränderte Pflanzen nicht mehr angebaut werden.

### Fraktion gegen intensive Massentierhaltung

Über 5 Mio Hähnchenmastplätze gibt es im Land, weitere 1,2 Mio sind genehmigt und 1 Mio beantragt – angesichts von 35 Tagen Lebensdauer kommt Brandenburg auf jährlich 75 Mio Broiler! Gegen intensive Tiermastanlagen wehren sich immer mehr Menschen vor Ort. Unsere Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich im Bund für ökologisch ausgerichtete Genehmigungskriterien starkzumachen. Die Möglichkeiten auf Landesebene, wie von uns geforderte verschärfte Brandschutzregeln in Ställen und eine genauere Kontrolle der Tierbestandszahlen, lässt Rot-Rot ungenutzt. Obwohl bis zu 6,4 Mio Deutsche mit antibiotikaresistenten Keimen infiziert sind, hat sich die Landesregierung 2012 unserem Antrag auf eine zentrale Erfassung des Antibiotika-Einsatzes, besseren Tierschutz und ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände verweigert.

### Fraktion stärkt ortsansässige Landwirte

Um 23 % sind die märkischen Ackerpreise von 2012 auf 2013 erneut gestiegen. Grund sind auch der Ausverkauf von Landwirtschaftsflächen und die Übernahme von Großbetrieben durch nicht regional ansässige Investoren. Um einheimischen bäuerlichen Betrieben eine wirtschaftliche Zukunft zu ermöglichen, fordern wir, die noch nicht veräußerten BVVG-Flächen in kleinere Lose aufzuteilen und zuerst ortsansässigen LandwirtInnen anzubieten. Um dem ausufernden „Landgrabbing“ zu begegnen, müssen die EU-Subventionspolitik geändert und die Förderung der Massentierhaltung gestoppt werden. Bei landeseigenen Flächen muss Verpachtung vor Verkauf gehen. Auf den Antrag von uns und der CDU-Fraktion hin, ortsansässige LandwirtInnen zu stärken, richtete der Landtag eine Arbeitsgruppe Bodenmarkt ein, die 2014 Lösungsvorschläge vorlegt. ■

## ROT-ROT: VERSprochen UND GEBROCHEN

Rot-Rot versprach ökologisches Wirtschaften zu unterstützen. Doch der SPD-Agrarminister setzte 3 Jahre die Ökoanbau-Förderung aus und verkündete 2014, noch mehr Massentierhaltung ins Land zu holen.

Na, wie denn nun? Während Bundes-SPD und SPD-Landtagsfraktion die Zulassung von Genmais ablehnen, stimmen die Brandenburger SPD-Abgeordneten im Bundestag dafür.



Bündnisgrüne Prominenz tritt anlässlich der Grünen Woche 2014 in Berlin für die Agrarwende ein.

# RAD UND ÖPNV STEHEN IM STAU

Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, den ÖPNV besser auszustatten und den Radverkehr zu fördern. Weil viele Brandenburger Straßen im Sanierungsstau stehen, hat für uns der Erhalt von Straßen Vorfahrt vor dem Neubau – auch im Sinne des Lärmschutzes.

Im Jahr 2010 nahm der Landtag unsere Initiative zum Radverkehr auf: Neue Radwege sollen verkehrssicherer gebaut, einheitlich beschildert und besser gepflegt werden. Beschlossen wurde, Lücken im vorhandenen Netz zu schließen, touristische Radwege zu verzahnen sowie die Verknüpfung von Fahrrad und ÖPNV zu verbessern. Für neue Fahrradwege und eine vernünftige Instandsetzung hatte die Landesregierung allerdings kaum Geld übrig.

Immer mehr Menschen steigen auf Busse und Bahnen um. Unsere Anträge auf eine bessere Finanzierung des Personennahverkehrs in Brandenburg lehnte Rot-Rot jedoch ab. Zusätzliche Bundesmittel steckt die Landesregierung nur in die Schiene – der im Flächenland so wichtige kommunale Busverkehr geht leer aus. Wir haben 2014 beantragt, dass alle Kommunen Nahverkehrspläne aufstellen und ihre Nahverkehrsbeiräte dabei mitentscheiden sollen.

Unsere Fraktion wird bis Sommer 2014 in einem Gutachten darlegen, wie die Fahrgastzahlen auch im Flächenland Brandenburg verdoppelt und somit die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr gesenkt werden können – seit 10 Jahren ist beim CO<sub>2</sub> nämlich kein Abwärtstrend zu erkennen.

## Fraktion für Instandhaltung und Lärmschutz

Obwohl Rot-Rot bereits mit der Instandhaltung des vorhandenen Trassenetzes überfordert ist, stehen wieder viele Landes- und Bundesstraßen auf dem Wunschzettel der Landesregierung. Die vom Verkehrsminister für den Bundesverkehrswegeplan angemeldeten knapp 100 Projekte würden ein Drittel des gesamten Bundesetats beanspruchen – ihre Realisierung ist somit völlig unrealistisch. Abgesehen von notwendigen neuen Anbindungen des Flughafens BER heißt es für unsere Fraktion: Sanierung statt Neubau.

Neben Geld kosten neue Straßen auch Nerven



Wie Land und Kommunen Lärm mindern können, war Thema unseres Fachgesprächs im Frühjahr 2013.

– nämlich die der lärmgeplagten AnwohnerInnen. Auf einem Fachgespräch und durch unsere Anfrage im Landtag stellte sich jedoch heraus, dass im Frühjahr 2013 fast ein Drittel der 135 betroffenen Gemeinden das Instrument der Lärmaktionsplanung noch nicht genutzt hat. Das Nachbohren hat wohl geholfen: 30 weitere Kommunen haben sich inzwischen mit dem Thema Lärmminde- rung befasst. ■

## MEHR VON UNS

- Radverkehr [gruenlink.de/pou](http://gruenlink.de/pou)
- Lärmschutz [gruenlink.de/pov](http://gruenlink.de/pov)

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Rot-Rot wollte 2010 die Situation für den Radverkehr verbessern. Doch der Rot-Rot-Stift streicht die 2009 für Neubau und Instandhaltung von Radwegen vorgesehenen 7,8 Mio € auf klägliche 2,3 Mio € für 2014 zusammen.

# MICHAEL JUNGCLAUS

**Sprecher für Umwelt- und Naturschutz, Klima und Energie, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie VerbraucherInnenschutz**

## Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?

Obwohl wir die kleinste Fraktion sind, deckten wir von Beginn an die ganze Breite der landespolitischen Themen ab. Auch bei meinen umfangreichen Themen Umwelt, Energie und Infrastruktur ist dies oft eine ziemliche Herausforderung. Und trotz Rot-Rot auf der einen und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite standen bei uns immer die Inhalte im Vordergrund, was uns oft Anerkennung und Respekt einbrachte. So steckt trotz Oppositionsrolle in vielen Initiativen auch ordentlich Grün drin. Am schönsten ist es natürlich, wenn eigene Anträge durchkommen – auch das gab es.

## Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?

Unsere Fraktion hat viel angeschoben, aber es ist auch bei mir noch nicht alles erreicht. Artensterben beenden, verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien, eine wirkliche Energiewende in Brandenburg oder Verbesserungen im ÖPNV – die Liste ließe sich lange fortführen. Dafür werden wir auch in der nächsten Legislatur weiter streiten, wie gehabt: hart, aber fair. Eine bittere Erfahrung ist natürlich jeder abgelehnte Antrag. Aber hier gilt: Aufstehen, kurz schütteln und weitermachen.

### VERSPROCHEN UND GEHALTEN

- 100% Erneuerbare sind möglich – Nachweis erbracht.
- Inhalt geht vor Ideologie und Konsens vor Blockbildung.
- Unentwegt unterwegs mit Bahn, Rad und per pedes: Die Politik kommt zu den Menschen.

tag seien deshalb so viele Akademiker, weil die Sachverhalte hier so kompliziert sind. Nun ja!

## Was bleibt besonders in Erinnerung?

In besonderer Erinnerung bleibt mein erster eigener Antrag: zum Energiesparen an Schulen. Unbestritten nützlich und sinnvoll, aber abgelehnt! Für mich parlamentarischen Neuling war das unfassbar! Unvergesslich für mich als Tischler auch die Aussage eines Abgeordneten der Linken gegenüber einer Schüler-Innengruppe: Im Land-



## BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1964 in Berlin · verheiratet, 2 Kinder · Wohnort: Neuenhagen

**Berufliches:** Ausbildung zum Tischler · 10 Jahre Vertriebsmitarbeiter in verschiedenen IT-Unternehmen · 2006 Gründung eines eigenen Unternehmens im Bereich Solartechnik

**Politisches:** Lokale Agenda 21 · seit 2007 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen · Co-Sprecher des Kreisverbandes Märkisch-Oderland, Beisitzer des Ortsverbandes Neuenhagen

Seit 2009 Mitglied des Landtags · Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Vorsitzender), Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft

Tief im Gedächtnis bleiben mir die persönlichen menschlichen Schicksale, mit denen ich im Petitionsausschuss befasst war. Das hilft, die Erdung nicht zu verlieren.

## Wie hat die Arbeit als Abgeordneter Ihr Leben verändert?

Im Gegensatz zu meinen früheren Tätigkeiten verschwimmen beim Abgeordneten die Grenzen zwischen Beruf, Ehrenamt und Privatem. Alles ist immer irgendwie politisch, immer regt einen irgendetwas auf – daher fällt das Abschalten und Herunterfahren viel schwerer als früher. ■

# GUTE NACHT, BER?

In puncto Nachtflugverbot stellt Rot-Rot sich tot – und auch sonst dämmert das „wichtigste Infrastrukturprojekt von Berlin-Brandenburg“ vor sich hin. Wir haben dafür gesorgt, dass der berechtigte Schallschutz, das Volksbegehren zum Nachtflugverbot und ein Gesundheitsmonitoring am BER nicht im stillen Kämmerlein der Landesbehörden wegverhandelt werden.

Es ist das erste erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg: Über 106.000 Menschen unterschrieben für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr am Flughafen BER. Von diesem einflussreichen BürgerInnenwillen und vielen bündnisgrünen Initiativen im Landtag unter Druck gesetzt, hat die Landesregierung das Volksbegehren angenommen – passiert ist weiter nichts. Rot-Rot redet sich mit Verweis auf die Mitgesellschafter Berlin und Bund heraus. Unsere Fraktion hat jedoch gezeigt, dass die Landesregierung auch im Alleingang ein Nachtflugverbot im Planfeststellungsbeschluss durchsetzen kann.

## Gesundheit geht vor

Unzählige Studien beweisen, dass Lärm krank macht. Dennoch hat Rot-Rot den von uns beantragten sofortigen Start des Gesundheitsmonitorings am BER abgelehnt. Die Regierung will auch nicht – wie von uns gefordert – auf eine 3. Start- und Landebahn verzichten – dabei bekommt sie



Axel Vogel und Michael Jungclaus vor dem Landtag bei den Demonstrierenden für ein Nachtflugverbot am BER

den Lärmschutz schon bei 2 Start- und Landebahnen nicht in den Griff.

## Fraktion deckte Billigschallschutz-Pläne auf

Mit unserer Anfrage deckten wir 2011 auf, dass die Landesregierung zehntausende AnwohnerInnen mit einem Billigschallschutz abspesen und damit den gültigen Planfeststellungsbeschluss unterlaufen wollte. Das Oberverwaltungsgericht wies Rot-Rot und die Flughafengesellschaft in die Schranken: In Innenräumen dürfen 55 Dezibel am Tage nicht überschritten werden.

## Fraktionskonferenz lüftet Black Box BER

Die 4-malige Verschiebung des BER-Starts und explodierende Kosten, ein kaum umgesetztes Schallschutzprogramm und die Verunsicherung der AnwohnerInnen, politisches und unternehmerisches Missmanagement: Um mehr Licht in das Dunkel des Flughafens BER zu bringen, veranstaltet die Fraktion im Juni 2014 eine Flughafenkonferenz. Hunderte Fachleute, BürgerInnen und PolitikerInnen diskutieren über gesundheitliche Auswirkungen des Fluglärms u. a. auf Kinder, die Wirtschaftlichkeit von Flughäfen im Zusammenhang mit Nachtflug, Arbeitsmarkteffekte, Schallschutz und BürgerInnenbeteiligung bei Großprojekten. ■

## ROT-ROT: VERSprochen UND GEBROCHEN

Nach längerem Zögern nahm Rot-Rot das erfolgreiche Volksbegehren gegen Nachtflug vom Februar 2013 an. Mehr als ein Jahr später ist nichts davon umgesetzt.

Oktober 2011, Juni 2012, März 2013, Oktober 2013: Das sind die offiziell verkündeten Eröffnungstermine. Heute ist weniger denn je klar, wann der BER in Betrieb geht.

Maximal 55 Dezibel am Tage in Räumen versprach Rot-Rot mit dem Flughafenplan. Die Regierung wusste jedoch, dass die geplanten Lärmschutzgelder nur für einen Billigschallschutz reichen. Bis heute ist keine Schallschutzmaßnahme abschließend umgesetzt.

## MEHR VON UNS

- Nachtflugverbot [gruenlink.de/pow](http://gruenlink.de/pow)
- Schallschutz [gruenlink.de/pow](http://gruenlink.de/pow)

\*BER – s. S. 19/20

# CHRISTOPH SCHULZE



## Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?

Darauf, dass die Menschen mit ihren Anliegen und Problemen zu mir kommen. Dass sie Vertrauen in mich setzen und meine Kompetenz abfordern. Es ist immer wieder eine Herausforderung für mich, auch schwierige Themen aufzugreifen und mit Ideen und Engagement gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen zu finden. Der Bezug zu den Menschen in meiner Region ist mir sehr wichtig und Grundlage für meine politische Arbeit.

## Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?

Meines Erachtens müssen wir zurückfinden zu einer Politik, die sich wieder mehr an den Bedürfnissen der Menschen und der Sicherung der Zukunft orientiert. Mich besorgt und bedrückt der weltweite Raubbau, der an Natur, Ressourcen und Gesundheit betrieben wird. Die Politik sollte dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem offenen und ehrlichen Umgang gerecht werden.

## Was bleibt besonders in Erinnerung, was hat Sie beeindruckt?

Tief beeindruckt haben mich der Zusammenschluss und das Engagement der Bürgerinitiativen und aller betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach Bekanntwerden des „Flugroutenbetruges“ im September 2010. Es hat mich berührt, wie die Bürgerinnen und Bürger aus Sorge um ihre

Zukunft und Gesundheit mit ausgefallenen Ideen und Denkansätzen politischen Druck ausüben, um ihre Ängste deutlich zu machen und ihre Forderungen durchzusetzen. Großen Respekt habe ich vor allen Bürgerinitiativen, die ihre Interessen zielgerichtet vertreten.

### VERSprochen UND GEHALTEN

- Die Sorgen, Ängste, Wünsche, Hoffnungen meiner Mitmenschen habe ich zu meiner Sache gemacht.
- Wort halten, Ehrlichkeit und Authentizität stehen bei mir an erster Stelle.
- Verlässlichkeit und Beharrlichkeit in der Sache.

## BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1965 in Crivitz, aufgewachsen im Spreewald · verheiratet, 2 Kinder · Wohnort: Zossen

**Berufliches:** 1985–1993 Medizinstudium an der Humboldt-Universität Berlin · Abschluss mit Diplom · 1993–1994 Krankenhaus Ludwigfelde

**Politisches:** Seit 1993 Mitglied und seit 2010 Vorsitzender des Kreistags Teltow-Fläming · seit 1990 Mitglied des Landtags und bis 2011 Mitglied des Innenausschusses · 2011 Austritt aus der SPD-Landtagsfraktion, 2013 Austritt aus der SPD

Seit Mai 2013 parteilos und kooptiertes Mitglied in der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen · Sonderausschuss BER, Petitionsausschuss

## Wie hat die Arbeit als Abgeordneter Ihr Leben verändert?

Die politische Arbeit ist sehr vielfältig, sie kann Ansporn und Motivation sein, sie ist auch anstrengend und mühsam, in jedem Fall spannend. Sie fordert einen ganz und bringt mich persönlich ab und zu an meine Grenzen. ■

# GRÜNDLICHER WIRTSCHAFTEN

**Im Landeshaushalt fordern wir eine verbesserte Transparenz und mehr Mittel für Bildung und Umweltschutz, bei der Wirtschaftsförderung setzen wir auf regionale Stärken und Nachhaltigkeit. Unsere Fraktion hat sich für soziale und ökologische Kriterien im Vergabegesetz des Landes eingesetzt und die Finanzen der Kommunen gestärkt.**

Trotz steigenden Einnahmen und Haushaltsüberschüssen ist Brandenburg unverändert auf Zuwendungen von außen angewiesen. Bisher werden 4 von 10 € im Landeshaushalt von EU, Bund und anderen Bundesländern zugeschossen. Wenn wir nach 2019 unsere Landesaufgaben noch erfüllen wollen, muss Brandenburg seine Ausgabenpolitik ändern. Versuche, die grundgesetzliche Schuldenbremse in Landesrecht zu überführen, sind jedoch an Rot-Rot gescheitert.

## Priorität für Bildung und Umwelt

Wir haben in den jährlichen Haushaltsberatungen unsere politischen Prioritäten auf Bildung und Umweltschutz gelegt und für jeden Euro beantragter Mehrausgaben Deckungsmöglichkeiten aufgezeigt. 4 Jahre hat Rot-Rot gebraucht, bis sie im Wahljahr unseren Vorschlägen beim Lehr- und Kitapersonal sowie für die unterfinanzierten Hochschulen zumindest teilweise folgt. Spekulationen mit Landesvermögen wie den milliardenschweren Derivatehandel des Landes haben wir jahrelang aufs Korn genommen und erste Änderungen in der Haushaltsgesetzgebung erreicht.

Planlos geht Rot-Rot vor, um die Landesverwaltung auf die von der Regierung selbst politisch vorgegebene Zielzahl von 42.000 Stellen zu redu-

zieren. Statt – wie von uns wie auch vom Landesrechnungshof gefordert – zunächst darzulegen, welche Aufgaben der Landesdienst noch wahrnehmen soll, wird Personalplanung nach Tagespolitik und Kassenlage gemacht. Personalentwicklung findet kaum statt, der Personalkörper ist überaltert, schrumpfende Belegschaften sind von ständig steigenden Anforderungen überfordert. Ein hoher Krankenstand und Flucht in den Vorruchstand sind die Folge.

## Fraktion stärkt Finanzen der Kommunen

Ohne ein Entschuldungsprogramm werden viele Not leidende Kommunen künftig ihre Aufgaben kaum noch erfüllen können – unsere Fraktion erarbeitet einen Vorschlag für ein solches Programm. Unserer Forderung, den Kommunen im Rahmen des sogenannten Vorwegabzugs vom Land vorenthaltene Millionenbeträge auszureichen, folgte Rot-Rot zwar nicht sofort. Aber immerhin: Die Regierung will den Einbehalt des Landes von 50 Mio € jetzt bis 2016 abschmelzen. Erfolgreich konnten wir Kommunen mit besonders hohen Sozialkosten entlasten: Unsere Fraktion hat 2013 einen Verteilungsschlüssel durchgesetzt, mit dem die besonders betroffenen Landkreise deutlich mehr Mittel für die Sozialausgaben für Jugendliche erhalten als von Rot-Rot zunächst geplant.

## Milliardengrab BER

Nach anfänglich geplanten Kosten von 2,4 Mrd € ist nach 4 Eröffnungsverschiebungen und diversen Wechseln an den Spitzen von Aufsichtsrat, Geschäftsführung und technischer Leitung inzwischen von über 5 Mrd € für den Flughafen auszugehen. Viel zu spät wurde der von unserer Fraktion eingeforderte Finanzsachverständigen in den Aufsichtsrat geholt.

Weder Flughafengesellschaft noch Landesregierung können bislang Auskunft über die Gesamt-



Axel Vogel auf der Sommertour 2013 beim Firmengründer und Geschäftsführer von mp-tec, Michael Preißel, in Eberswalde

**MEHR VON UNS**

- Finanzen  
gruenlink.de/pp2
- BER  
gruenlink.de/pow
- Vergabegesetz  
gruenlink.de/poy
- Untersuchungsausschuss 5/1  
gruenlink.de/poz
- IHK-Transparenz  
gruenlink.de/prt
- Wirtschaftsförderung  
gruenlink.de/pp1



BER: Fall von Politikversagen

kosten des BER, die Folgekosten nach der Inbetriebnahme und die Finanzplanung geben. Und das, obwohl der brandenburgische Finanzminister seit Jahren den Finanzausschuss der Flughafengesellschaft leitet und unser früherer Ministerpräsident dem Aufsichtsrat vorstand. Ein Fall von klassischem Politikversagen.

**Für eine andere Wirtschaftsförderung**

Lausitzring und CargoLifter gestern, Human Biosciences heute: Die Landesregierung entzündet mit der einzelbetrieblichen Förderung von Großprojekten häufig nur Strohhalm. Wir schlagen vor, Unternehmen verstärkt mit Darlehen oder Landesbeteiligungen zu fördern, deren Mittel mehrfach einsetzbar sind – doch Rot-Rot verschenkt lieber einmalige Zuschüsse. Wir sind dafür, bei Investitionen den Schwerpunkt auf Innovationen und regional verankerte Projekte zu legen – die Landesregierung setzt den Schwerpunkt weiter auf Großvorhaben und Infrastruktur.

**Grüner Erfolg: mehr Transparenz, weniger Tricks**

Der auf Initiative der Oppositionsfraktionen eingerichtete Untersuchungsausschuss 5/1 stellte bei Immobilienverkäufen des Landes Unregelmäßigkeiten bis hin zu strafrechtlich relevanten Täuschungsmanövern fest. Eine Kontrolle der im Auftrag des Landes handelnden BBG fand de facto nicht statt. Das fehlende Controlling wurde auch bei Grundstücksverkäufen in Bad Saarow und Oranienburg festgestellt. Dem Land sind daher Schäden entstanden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, der Verkauf des Krampnitzgeländes wurde rückgängig gemacht, das Finanzministerium musste sein Controlling verbessern. Wir haben erreicht, dass Grundstücksverkäufe des Landes künftig transparenter abgewickelt werden und das Parlament früher und umfassender informiert wird.

Aufgrund von finanziellen Unregelmäßigkeiten musste unlängst die Chefetage der Potsdamer Industrie- und Handelskammer (IHK) ihren Hut nehmen. Unsere Fraktion beantragt vor diesem Hintergrund eine Gesetzesänderung, nach der die IHKs wie alle anderen Kammern auch vom Landesrechnungshof geprüft werden können – so, wie es in Bayern bereits der Fall ist. Beim Landesrechnungshof und vielen Brandenburger Unternehmen, die zur Mitgliedschaft in der IHK verpflichtet sind, stieß der Vorschlag auf offene Ohren. ■

**ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN**

Rot-Rot will eine Nachhaltigkeitsstrategie mit sozialen und ökologischen Standards. Unseren Antrag, die jährlich 3 Mrd € umfassenden Aufträge von Land und Kommunen auch nach ökologischen Kriterien zu vergeben, lehnte die Regierung aber ab.

Rot-Rot verspricht mehr Investition in Bildung. Freien Schulen wird zwischen 2012 und 2015 ein Sparbetrag von 14,3 Mio € und den Hochschulen seit 2010 eine globale Minderausgabe von 12 Mio € aufgedrückt.

Der Ministerpräsident verspricht, dass die weißen Flecken bei der Breitbandversorgung in Brandenburg bis Ende 2009 verschwunden seien. Die EU-Mittel dafür wurden jahrelang nicht abgerufen, das Problem in die nächste Legislaturperiode verlagert.

# AXEL VOGEL

Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft, DDR-Aufarbeitung



## Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?

Darauf, dass unsere Fraktion trotz hohen Tempos ihren eigenen Ansprüchen an Qualität und Inhalt der Arbeit bis heute gerecht wird. Wir haben vorher kaum beachtete Themen wie Gentechnik oder „Landgrabbing“ auf die Tagesordnung des Landtages gebracht. Für mich persönlich war die Einsetzung der Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der größte Erfolg. Trotz anfänglicher Anfeindungen war es möglich, zu einer sachorientierten Arbeit zu finden und am Ende einvernehmlich umfassende Handlungsempfehlungen zu Gunsten der in der DDR Benachteiligten zu verabschieden.

### VERSprochen und Gehalten

- Konstruktive Vorschläge statt Fundamentalopposition.
- Nicht-Locker-Lassen beim Thema Braunkohle.
- Bewusstsein dafür schaffen, dass auch Haushaltspolitik nicht zu Lasten kommender Generationen gehen darf.

## Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?

Die Landesregierung sieht unverändert in der Förderung agrarindustrieller Strukturen und Massentierhaltung die Zukunft des ländlichen Raums und setzt mit massivem Lobbying für die Braunkohleverstromung die Energiewende aufs Spiel. Wenn es um lukrative wirtschaftliche Interessen geht, reicht es nicht, im Landtag Alternativen aufzuzeigen. Hier

muss starker außerparlamentarischer Druck hinzukommen. Bitter ist die Erkenntnis, dass Brandenburger Landespolitik von der Mehrheit der WählerInnen wenig bis überhaupt nicht wahrgenommen wird.

## Was bleibt besonders in Erinnerung? Was hat Sie berührt?

Die regelmäßigen Demonstrationen von Neusiedler-ErbInnen vor dem Landtag. Der wertschätzende und offene Umgang vieler Abgeordneter miteinander über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Die Diskussionen zum Dokumentarfilm „Nach Wriezen“ zur Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher. Die parteiübergreifenden Aktionen gegen rechte Aufmärsche in Neuruppin, Frankfurt/Oder, Potsdam, Finowfurt und vielerorts mehr

### BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1956 in Bochum, aufgewachsen in Bayern · 1 Pflegetochter, wilde Ehe · Wohnort: Eberswalde seit 1991

**Berufliches:** Diplom-Kaufmann · ab 1991 Aufbau der Großschutzgebiete in Brandenburg · ab 2004 Abteilungsleiter im Landesumweltamt

**Politisches:** 1980 Gründungsmitglied DIE GRÜNEN · 1983–87 Mitglied der 1. grünen Bundestagsfraktion · 1988–91 Bundesschatzmeister · 2005–09 Landesvorsitzender in Brandenburg

Seit 2009 Mitglied des Landtags · Fraktionsvorsitzender · Ausschuss für Wirtschaft, Ausschuss für Haushalt und Finanzen, Haushaltskontrollausschuss (stellv. Vorsitz), Untersuchungsausschuss BBG-/Immobilienaffäre, Enquete 5/1

sowie die Gedenkveranstaltungen am Holocaust-Gedenktag in Sachsenhausen.

## Wie hat die Arbeit als Abgeordneter Ihr Leben verändert?

Arbeit und Freizeit gehen ineinander über, aus Arbeitsbeziehungen werden persönliche Freundschaften. Nicht nur, dass ich in einem tollen Team mit hochmotivierten KollegInnen und MitarbeiterInnen arbeiten darf, ich habe auch eine Vielzahl beeindruckender und engagierter BrandenburgerInnen kennen lernen dürfen. ■

# Bildung



Gute Bildung für alle und gerechte Chancen für jeden von Anfang an – auf dieses Ziel kann man sich in Brandenburg schnell einigen. Doch was man darunter versteht und wie man es erreicht, da trennen sich die politischen Wege. Wir finden, Kitas und Schulen sollten sich den Kindern anpassen – nicht umgekehrt. Menschen, die anders sind und anders lernen, gehören von Anfang an und immer dazu. Und wenn grüne Bildungspolitik gute Schule macht, finden Studierende auch in Brandenburg ihr Glück – was heißt: eine ausreichend finanzierte und demokratisch aufgestellte Hochschule.

# AUF DIE LEHR-KRAFT KOMMT ES AN

Unsere Schule verändert sich. Die LehrerInnen werden älter, die SchülerInnen weniger, die Ansprüche an das Lernen steigen. Wir haben uns für mehr neue Lehrerinnen und Lehrer, eine bessere Fortbildung der Lehrkräfte und eine vielfältige Schullandschaft starkgemacht.

**B**is 2020 brauchen wir jedes Jahr durchschnittlich 600 neue LehrerInnen – es gibt aber jährlich nur max. 450 AbsolventInnen im Land. Diese Lücke hat unser Fraktionsgutachten schon 2011 ermittelt, in dem wir untersuchen ließen, wie viel Lehrkräfte Brandenburg benötigt und wie es sie bekommen kann.

Rot-Rot lehnte unsere Anträge für mehr JunglehrerInnen zwar ab, korrigierte die im Koalitionsvertrag veranschlagten 1.250 LehrerInnenstellen aber immerhin auf 2.000. Ein weiterer Teilerfolg: Einen Tag, bevor im Landtag unser Antrag auf 340 statt 150 Neueinstellungen von Lehrkräften für das Schuljahr 2011/2012 behandelt wurde, erhöhte das Bildungsministerium die Zahl flugs auf 250. Aber auch das war viel zu wenig, um die Bedarfe der kommenden Jahre abzufedern.

Die Ankündigung von Ministerpräsident Woidke, die Vertretungsreserve an Schulen von 3 auf 4,5% aufzustocken, reicht nicht. Gerade auf dem Land lässt sich eine „Reserve“ mit passendem Fächerprofil nicht kurzfristig



Marie Luise von Halem (oben) unterstützt die Forderungen der VeranstalterInnen der größten Demonstration vor dem Landtag für eine bessere Finanzierung der Freien Schulen (links).

**MEHR VON UNS**

- LehrerInnenstudie [gruenlink.de/pp3](http://gruenlink.de/pp3)
- Mehr Lehrkräfte [gruenlink.de/6qe](http://gruenlink.de/6qe)
- Fortbildung für Lehrkräfte [gruenlink.de/pp5](http://gruenlink.de/pp5)
- Für Freie Schulen [gruenlink.de/pp6](http://gruenlink.de/pp6)



Statt mit dem Schüler-BAföG erst am Ende der Schulkarriere anzusetzen, muss individuell in Kitas und Grundschulen gefördert werden.

**ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN**

Stolz verkündet Rot-Rot, zum Schuljahr 2013/14 mit 550 Lehrkräften so viele wie nie eingestellt zu haben. Gleichzeitig scheiden aber 800 LehrerInnen aus.

Letzter Platz für Brandenburg im Englisch-PISA-Test 2010. Obwohl das Bildungsministerium nicht mal ein Drittel der dringend fortzubildenden 1.000 Englischlehrkräfte zur Qualifizierung bewegen konnte, lehnte Rot-Rot unseren Antrag auf eine Fortbildungsoffensive ab.

2000 stellte Brandenburg als erstes Bundesland Mindeststandards für die musische Erziehung sicher, finanziert sie bundesweit aber am schlechtesten. Trotz Förderbekenntnisses im Koalitionsvertrag verweigerte Rot-Rot den Musik- und Kunstschulen mehr Gelder für gestiegene Personalkosten, SchülerInnenzahlen sowie Unterrichtsstunden und lehnte die von uns beantragte Verdoppelung der Mittel ab. Die Volksinitiative der Musik- und Kunstschulen unterstützen wir.

rekrutieren. Nachhaltig wäre nur die Neueinstellung von LehrerInnen! Auch unsere Anträge auf bessere Fortbildungsmöglichkeiten für mehr Unterrichtsqualität wurden von SPD und Linken abgelehnt.

**Rot-Rot-Stift streicht Bildungsmillionen**

Besser wäre, schon heute die verfügbaren Lehrkräfte einzustellen, die wir morgen brauchen. Es lassen sich – auch wegen der vergleichsweise schlechteren Bezahlung – künftig immer weniger LehrerInnen nach Brandenburg (zurück-)holen. Erst recht, wenn das Bildungsministerium weiterhin die „demografische Rendite“ ver-

spielt: Die Landesregierung strich in der Legislaturperiode über 60 Mio € aus dem Schulbereich – ohne aber z. B. die Ausweitung des Pilotprojekts „inklusive Schule“ und den Ausgleich des tariflich reduzierten Stundenkontingents der Lehrkräfte zu berücksichtigen.

**(Freie) Schule im Dorf lassen!**

Schulen in freier Trägerschaft bereichern unser Schulsystem und spielen gerade in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle bei der Schulversorgung. Die Kürzung der Zuwendungen ist für sie ein schwerer Schlag: Viele kleine Schulen stehen dadurch vor dem Aus. Eltern und Lehrkräfte protestierten dagegen in der größten Demonstration vor dem Landtag seit 1990. Unsere Fraktion reichte 2012 zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen beim Verfassungsgericht Klage gegen die Kürzungen ein. Denn Freie und staatliche Schulen müssen gleich behandelt werden und Kindern aus einkommensschwächeren Familien der Besuch einer Freien Schule möglich sein. ■

# GEMEINSAMES LERNEN VON ANFANG AN

Inklusion ist der Schlüssel zu einer besseren Förderung jedes einzelnen Kindes und zu einer Schule, die nicht aussondert, sondern sich den Kindern anpasst. Seit 2008 gilt auch in Brandenburg die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Alle Kinder – ob mit oder ohne besonderen Förderbedarf – sollen gemeinsam lernen. Passiert ist wenig. Wir haben der Landesregierung gezeigt, wie die Schulen jedes Kind fördern können.

Im Jahr 2011 verkündete das Bildungsministerium, die sonderpädagogischen Förderschulen bis 2019 zu schließen. Statt den überrumpelten Eltern und Lehrenden einen Fahrplan zur Umsetzung einer Inklusionsstrategie vorzulegen, nahm die Ministerin das Schließungsdatum wieder zurück. Trotz Runder Tische und wissenschaftlicher Beiräte der Landesregierung gibt es bis heute nur einen schwammigen Maßnahmenkatalog und gerade mal ein Pilot-schulprojekt, dessen Fortgang ungewiss bleibt.

## Unser Gutachten zeigt den Weg auf

Die inklusive Schule – so das Ergebnis einer von uns beauftragten Studie – braucht nach der Um-

stellungsphase nicht mehr Mittel als das heutige Schulsystem. Die Gelder, die jetzt für die noch bestehenden Förderschulen mit lern- und körperbehinderten Kindern ausgegeben werden, müssen allerdings in mindestens gleicher Höhe in die inklusive Schule fließen. Wie Inklusion an Brandenburgs Schulen gelingen kann, haben wir mit rund 500 Lehrkräften, Eltern und Schulverantwortlichen auf Veranstaltungen in 7 Landkreisen und kreisfreien Städten diskutiert.

## Inklusion ins Gesetz!

Inklusion gehört ins Schulgesetz, um Verlässlichkeit für all die Schulen zu schaffen, die sich in Sachen Inklusion bereits auf den Weg gemacht haben. Unseren entsprechenden Antrag hat Rot-Rot abgelehnt. Fehlanzeige auch bei der Inklusion in den Kitas, der Hortbetreuung und auf den weiterführenden Schulen. Da läuft der Landesregierung die Zeit davon: Im Herbst 2014 wechseln die ersten Kinder der Inklusions-Pilotgrundschulen auf die – in Sachen Inklusion noch völlig unvorbereitete – Oberschule. So, wie die Landesregierung agiert, zerstört sie das Vertrauen in das Projekt Inklusion! ■

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Die Landesregierung wollte die Inklusion im Gesetz verankern. 2013 machte Rot-Rot einen Rückzieher und schob das Thema auf die lange Schulbank ...

Im Herbst 2012 startete Rot-Rot an 84 Schulen ein Pilotprojekt. Als es wegen der unzureichenden Finanzierung auf berechnete Widerstände stieß, zog sich die Landesregierung erstmal aus der Inklusion zurück.

## MEHR VON UNS

- Studie zur Inklusion [gruenlink.de/pp9](http://gruenlink.de/pp9)
- Inklusion ins Schulgesetz [gruenlink.de/pp8](http://gruenlink.de/pp8)
- Lehrkräftefortbildung für Inklusion [gruenlink.de/pq9](http://gruenlink.de/pq9)



Mehr Vielfalt im Klassenzimmer

# BILDUNGSSCHANCEN FRÜH GERECHT VERTEILEN

**Wir haben genug Betreuungsplätze, in die Betreuungsqualität aber müssen wir mehr investieren. Wir Bündnisgrüne haben uns für einen besseren Betreuungsschlüssel, eine höherwertige Ausbildung des Kitapersonals und bessere Sprachförderung eingesetzt.**

In kaum einem anderen OECD-Land bestimmt die soziale Herkunft so sehr den Bildungserfolg wie in Deutschland. Das ist eine Schande für unser Land. Weil die ersten Jahre über die Bildungskarriere entscheiden, machen wir uns für bessere Kitas stark.

Brandenburg liegt bei der Versorgung mit Kitaplätzen deutschlandweit vorn. Doch beim Betreuungsschlüssel, der mitentscheidend für die Qualität einer Kita ist, bleibt es Schlusslicht – trotz der kleinteiligen Verbesserung in

dieser Legislaturperiode. Das ist die einzige bildungspolitisch relevante Tat der Landesregierung im Kitabereich und die Fachleute sagen, sie sei praktisch kaum spürbar.

## Fraktion: Stufenplan für bessere Kitas

Klar, bessere Kitas kosten Geld. Doch statt sich wie die Landesregierung in kleinteiligen Reparaturen zu verlieren, schlug unsere Fraktion einen Stufenplan vor, um Schritt für Schritt den Betreuungsschlüssel zu verbessern sowie das Personal angemessen aus- und fortzubilden und zu bezahlen. Den LeiterInnen sind mehr Arbeitszeit-



Marie Luise von Halem: Mit der Kitaqualität muss es aufwärtsgehen.



Alle Kinder mitnehmen auf dem Bildungsweg.

anteile zuzubilligen, damit sie sich auf das pädagogische Konzept ihrer Einrichtung konzentrieren können. Eltern brauchen mehr Mitspracherechte und viele Kinder eine bessere Sprachförderung: 2013 hatte jedes 6. märkische Vorschulkind Sprachdefizite – das sind bereits mehr als in Berlin. Unsere Vorschläge schlug Rot-Rot in

den Wind, obwohl das Bildungsministerium z. B. einräumen musste, dass die bisher praktizierte Sprachförderung nichts bringt. Kinder müssen von Anfang an beim Sprechenlernen gefördert werden und nicht erst, wenn die Defizite da sind.

ForscherInnen bescheinigen der pädagogischen Arbeit in 80% aller Kitas in Deutschland nur mittlere Qualität. Mehr als 10% sind schlecht, weniger als 10% gut. Kinder aus sehr guten Einrichtungen sind denen aus sehr schlechten mit ihren Denkfähigkeiten und in der sozialen Entwicklung um ein Jahr voraus! Mit dem Leiter dieser Studie, Prof. Wolfgang Tietze, diskutieren wir 2014 in mehreren Orten Brandenburgs mit Eltern und Großeltern, ErzieherInnen und anderen Bildungsverantwortlichen, wo hierzulande wie viel und wofür in qualitativ bessere Kitas investiert werden muss. ■

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

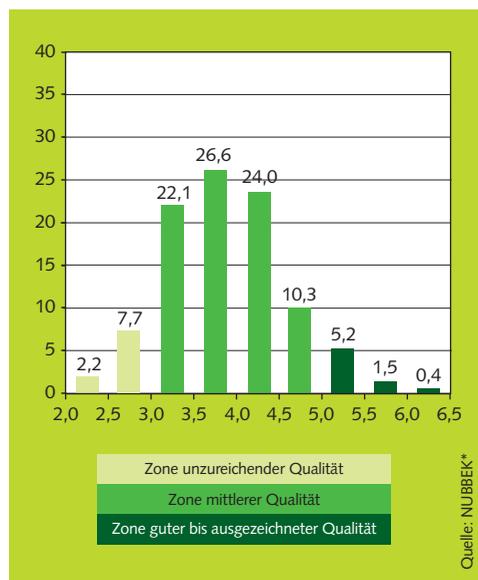
Das Bildungsministerium räumte auf unser Nachhaken hin ein, dass die Aufgaben einer Kitaleitung anspruchsvoller und umfangreicher geworden sind, der Zeitanteil dafür jedoch seit 1993 nicht angepasst wurde. Unser Antrag auf Erhöhung dieser Leitungsfreistellung wurde trotzdem abgelehnt.

Im Wahlprogramm versprach Die Linke 2009, mit einem Stufenplan die Betreuungsrelation und Leitungstätigkeit in Kitas zu verbessern. Unseren nahezu inhaltsgleichen Antrag lehnte die linke Regierungsfraktion ein Jahr später ab.

## Mehr von uns

- Stufenplan und Leitungsfreistellung [gruenlink.de/ppp](http://gruenlink.de/ppp)
- Studie zur Kitaqualität (Zusammenfassung) [gruenlink.de/ppp](http://gruenlink.de/ppp)

\*NUBBEK: Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit



Nur knapp ein Zehntel aller deutschen Kitas ist gut.

# GELEHRTE KASSEN



**Wir wollen mehr Mittel für die – bundesweit am schlechtesten finanzierten – Brandenburger Hochschulen und bessere Arbeitsbedingungen für die zum Teil prekär Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb. Selbst die vom Wissenschaftsministerium eingesetzte Hochschulstrukturkommission wirft der Regierung vor, Brandenburgs exzellente Ausgangslage in einer an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen reichen Landschaft nicht zu nutzen und falsche Prioritäten in der akademischen Bildung zu setzen.**

## MEHR VON UNS

- Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft [gruenlink.de/ppc](http://gruenlink.de/ppc)

**N**icht genug, dass Brandenburg von allen Bundesländern am wenigsten für Wissenschaft, Forschung und Lehre ausgibt: Rot-Rot zweigt noch zusätzlich Gelder aus der Hochschulkasse ab. 2011 bediente sich das Land mit 10 Mio € aus den Hochschulrücklagen, um den eigenen Haushalt zu sanieren. 2012 und in den Folgejahren kürzten SPD und Linke den Wissenschaftstopf erneut um jährlich ca. 12 Mio €. Jedes Jahr haben wir erfolglos dagegen gestimmt. Selbst wenn die Landesregierung – wie jüngst vollmundig angekündigt – den Etat ab 2015 um jährlich 5 Mio € erhöhen würde, wären erst 2018 gerade einmal die Kürzungen wieder ausgeglichen. Allein 23 Mio € braucht es,

um die Relation von Studierenden und wissenschaftlichem Betreuungspersonal dem Bundesdurchschnitt anzupassen.

## Prekäre Arbeit, wenig Mitsprache

Durch unsere Große Anfrage wurden 2013 z. T. prekäre Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb offenbar. Der von der Landesregierung propagierte Mindestlohn wird

### ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

„Die Landesregierung legt den höchsten Wert auf Bildung“, gelobt Rot-Rot im Koalitionsvertrag und erleichtert die Hochschulkassen um rund 50 Mio €.

Ein Parteibeschluss der Linken vom Dezember 2012 deckt sich mit unseren Vorschlägen für das neue Hochschulgesetz. Allein: Durchgesetzt hat die linke Fraktion davon wenig.

nicht einmal im eigenen Bereich überall gezahlt. Die befristeten Arbeitsverträge wissenschaftlicher MitarbeiterInnen an einigen Fachbereichen laufen durchschnittlich ein Jahr, es gibt aber auch Verträge für einen (!) Monat. Die Landesregierung weigerte sich trotzdem, Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen wissenschaftlicher Beschäftigter in das neue Hochschulgesetz aufzunehmen.

Wir wehren uns auch gegen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren sowie Zwangsexmatrikulationen bei überschrittenen Regelstudienzeiten und kritisieren, dass Studierende und Beschäftigte bei der demokratischen Mitsprache in den Hochschulgremien gegenüber ProfessorInnen benachteiligt werden. ■

# MARIE LUISE VON HALEM

**Stellv. Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung und Wissenschaft, Jugend und Kultur**

### Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?

Seit Anfang der Legislaturperiode habe ich der Regierung immer wieder vorgerechnet, dass sie mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen muss, nur um die aus dem System Ausscheidenden zu ersetzen. Dann habe ich einen Antrag gestellt und am Vorabend, bevor dieser im Parlament behandelt wurde, gab die Ministerin bekannt, dass sie die Zahl der Neueinstellungen erhöht – zwar nicht um 200, wie ich das gewünscht hätte, aber immerhin um 100. Das sind so schöne Momente, wenn man merkt, dass man auch aus der Opposition heraus manches erreichen kann!

### Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?

Die Geschichte mit der Haasenburg hat einen sehr bitteren Nachgeschmack. Dort wurden über viele Jahre Kinder misshandelt. Der Untersuchungsbericht des Ministeriums sagt, alle Beteiligten hätten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alles richtig gemacht. Noch nie habe ich mich als Abgeordnete so wütend und hilflos gefühlt. Die Frage, wie wir den Betroffenen helfen und ob wir solche Misshandlungen wirklich für die Zukunft ausschließen können, ist noch nicht beantwortet.

## VERSprochen UND GEHALTEN

- Für mehr Lehrerinnen und Lehrer gesorgt.
- Miserable Hochschulfinanzierung angeprangert.
- Für Transparenz und Mitbestimmungsrechte gekämpft.

Vorbereitungen um den Landtagsneubau, mit den Künstler\_innen im Rahmen des Kunstwettbewerbs diskutieren und erleben durfte, wie 22.000 Menschen zur Eröffnung kamen – das werde ich noch meinen Urenkeln erzählen!

### Was bleibt Ihnen besonders in Erinnerung? Was hat Sie beeindruckt?

Seit fast 17 Jahren lebe ich in Potsdam und habe mich an der Debatte um die Wiederherstellung der Potsdamer Mitte beteiligt: mit dem Wunsch nach einem öffentlichen Gebäude an Stelle des alten Schlosses und nach einer belebten Stadtmitte. Dass ich jetzt teilhaben durfte an den



## BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1962 in München · 2 Kinder · Wohnort: Potsdam

**Berufliches:** 1986 Isländisch-Examen Uni Reykjavik · 1992 Magistra Germanistik/Skandinavistik Uni München · Referentin Verlagsagentur · Übersetzerin, Organisationsberaterin

**Politisches:** seit 1995 Mitglied und von 1999–2009 Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg · 2002 Gründung Attac-Gruppe Potsdam · 2008-2010 stellv. Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Seit 2009 Mitglied des Landtags · stellv. Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin, Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hauptausschuss, Mitglied des Landtagspräsidiums, Kunst- und Ausstattungskommission

### Wie hat die Arbeit als Abgeordnete Ihr Leben verändert?

Noch nie war mein Leben so abwechslungsreich, so voller unterschiedlicher Themen und unterschiedlicher Menschen. Noch nie habe ich unter einem solchen Druck Entscheidungen treffen müssen, noch nie so viel gearbeitet. Ein spannendes Leben, ich genieße es sehr. ■

# Demokratie und BürgerInnenrechte



Direkte Mitbestimmung und der freie Zugang zu Informationen, BürgerInnenrechte und Transparenz, Frauenquote und das Einstehen für Minderheiten – bei diesen bündnisgrünen Kernthemen haben wir Brandenburg ein gutes Stück vorangebracht. Das erste erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte des Bundeslandes, die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Öffentlichkeit der Landtagsausschüsse, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit – dies ist durch unsere Initiativen und Stimmen erst möglich geworden. Wir gaben den Anstoß, die Situation von Flüchtlingen in Brandenburg zu verbessern, nehmen die Regierung beim „Open Data Government“ in die Pflicht und haben Antworten auf den demografischen Wandel.

## MEHR MITBESTIMMEN

Unsere Fraktion hat direkte Volksabstimmungen erleichtert – die Hürden sind uns aber immer noch zu hoch. Immerhin war mit der Volksinitiative zum Nachtflugverbot am BER 2012 zum ersten Mal ein Volksbegehren in Brandenburg erfolgreich. 16- und 17-Jährige können jetzt den Landtag und die Kommunalparlamente mitwählen – doch darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche in den Kommunen wenig mitzureden.

Vergleicht man bundesweit die Möglichkeiten, sich direktdemokratisch zu beteiligen, landet Brandenburg im hinteren Feld. Von den 10 Volksbegehren seit 1990 schaffte nur eines (!) – das für Nachtflugverbot am BER – mehr als die erforderlichen 80.000 Unterschriften. Einen Volksentscheid gab es in Brandenburg noch nie. Die magere Erfolgsbilanz direkter Mitbestimmung liegt nicht am Desinteresse der Bevölkerung, sondern an den hohen Hürden in Brandenburg, insbesondere dem immer noch bestehenden Verbot, auf der Straße Unterschriften zu sammeln.



Ursula Nonnemacher (rechts) vor dem Landtag mit Demonstrierenden für die Annahme des brandenburgweit ersten erfolgreichen Volksbegehrens

### MEHR VON UNS

- Wählen ab 16  
gruenlink.de/ppf
- Volksabstimmungsgesetz  
gruenlink.de/ppg
- Direktwahl von LandrätInnen  
gruenlink.de/pph

### Fraktion ringt Rot-Rot Fortschritte ab

Mit unserer urgrünen Forderung nach mehr direkter Demokratie haben wir erreicht, dass in Brandenburg auch per Brief abgestimmt werden kann, für die Unterschriftensammlung eine längere Frist besteht und dafür nicht nur Ämter, sondern bei Bedarf auch Kitas, Bibliotheken oder Sparkassen geöffnet werden. Die freie Unterschriftensammlung auf der Straße hat Rot-Rot aber ebenso abgebugelt wie unsere

Vorschläge zum einfachen Mehrheitsprinzip bei Volksentscheiden. Auch Volksinitiativen zu Sachverhalten mit finanziellen Konsequenzen bleiben leider ausgeschlossen – doch welche Initiative hat keine Folgekosten?

### Endlich: Wählen ab 16

In der von uns losgetretenen Diskussion um mehr Mitbestimmung musste sich Rot-Rot bewegen: Mit den Stimmen der linken und SPD-Abgeordneten und unserer Fraktion wurde dann eine grüne Kernforderung neu in die Brandenburger Verfassung aufgenommen und das Wahlalter auf 16 Jahre

herabgesetzt. Wir zeigen damit, dass wir Jugendliche ernst nehmen und auf ihre Entscheidungsfähigkeit vertrauen. Zudem erhoffen wir uns einen positiven Effekt auf das politische Engagement junger Menschen im Land.

Unverständlich ist uns, warum Rot-Rot unseren Vorschlag ablehnte, eine altersgerechte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalverfassung verbindlich zu machen. Bei Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld – wie z.B. beim Bau eines Schwimmbades – sollen junge Leute gefragt werden. Diese Möglichkeit, Interesse an Politik und Verantwortung früh zu wecken, hat Rot-Rot vertan.

### Erfolg für Mitbestimmung in Kommunen

Die Enquetekommission zur Reform der Kommunalverwaltung griff unseren Vorschlag auf, für die künftige Verwaltung auf der Gemeindeebene demokratisch besser legitimierte Amtsgemeinden zu schaffen. Die Mitglieder im Amtsgemeinderat und der bzw. die BürgermeisterIn der Amtsgemeinde werden dann von den EinwohnerInnen direkt gewählt. Heute ist es so, dass nur die Amtsausschüsse die jeweils vorsitzenden HauptverwaltungsbeamtInnen bestimmen. In der nächsten Legislaturperiode sollen die Empfehlungen der Enquetekommission umgesetzt werden (s. S. 40).

### Direktwahl erleichtern statt abschaffen

Seit 2010 können die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch ihre LandrätInnen direkt wählen – aber nur, wenn sich 15 % aller Wahlberechtigten für eine Kandidatin oder einen Kandidaten aussprechen. Wenn das nicht erreicht wird, wie brandenburgweit in bislang 6 von 8 Fällen geschehen, entscheidet wieder der Kreistag. Das 15 %-Quorum ist eine deutschlandweit einmalige Hürde, die wir abschaffen wollen – das stieß jedoch auf rot-roten Widerstand. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, könnte man auch die Abstimmungen für BürgermeisterInnen und LandrätInnen mit den Kommunal- oder Landtagswahlen zusammenlegen. ■

**Junge Menschen ab 16 dürfen 2014 erstmals an den Landtagswahlen teilnehmen.**

### ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Rot-Rot will junge Menschen mehr an Politik beteiligen. In der Kommunalverfassung verwehrt die Regierung aber Kindern und Jugendlichen das verbindliche Recht, vor Ort eigene Belange mit zu entscheiden.

Rot-Rot versprach im Koalitionsvertrag, Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung und direkte Demokratie zu prüfen. Doch statt das hinderliche 15 %-Quorum bei einer LandrätInnenwahl fallen zu lassen, überlegte Rot-Rot allen Ernstes, lieber die Errungenschaft der Direktwahl abzuschaffen!

Stimmen der linken und SPD-Abgeordneten und unserer Fraktion wurde dann eine grüne Kernforderung neu in die Brandenburger Verfassung aufgenommen und das Wahlalter auf 16 Jahre



# MEHR ÖFFENTLICHKEIT, BITTE!

**Mit unserem bündnisgrünen Informationsfreiheitsgesetz brachten wir Rot-Rot dazu, sich „Open Data“ im Land endlich zu öffnen. Die Fraktion erreichte, dass die Ausschüsse öffentlich tagen und dass alle Abgeordneten auf Stasi-Verstrickungen hin überprüft werden. Zu wenig transparent sind uns die Nebeneinkünfte von Abgeordneten, Regeln für ausscheidende MinisterInnen, Lobbyarbeit und Lebensmittelkontrollen.**

**G**leich in der ersten Plenarsitzung nach unserem Einzug in den Landtag sorgten wir als kleinste Fraktion für die größtmögliche Transparenz. Auf unsere Initiative hin können Interessierte jetzt nicht nur die Parlamentsdebatte selbst, sondern – erstmals seit 1990 – auch die Ausschusssitzungen vor Ort verfolgen. Hier wird, u. a. mit Anhörungen von externen Fachleuten zu Gesetzentwürfen, ein großer Teil der inhaltlichen Arbeit des Parlaments gemacht.

Eine Landtagsmehrheit nahm unseren Vorschlag an, alle Abgeordneten auf eine frühere Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu überprüfen, so, wie es in den anderen ostdeutschen Parlamenten bereits längst die Regel war. Es hat – in der linken Fraktion – personelle Konsequenzen gegeben. Der Erfolg der bündnisgrünen Initiative liegt aber darin, dass nach 15 Jahren Verdrängung endlich eine Diskussion über den Umgang mit der politischen Vergangenheit begann und Brandenburg auch endlich eine Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur bekam (s. S. 41).



Seit 2010 sind nicht nur die Landtagsitzungen, sondern auch die Ausschüsse öffentlich.

## Nebeneinkünfte und Lobbyarbeit offenlegen

Alle Abgeordneten des Brandenburger Landtags bekommen eine Vergütung, damit sie ihr Mandat unabhängig ausüben können. Für wen und für welche Summe Abgeordnete zusätzlich tätig sind, sollen diese ihren Wählerinnen und Wählern gegenüber offenlegen. Unsere Fraktion kritisiert die willkürlichen und unnötigen Ausnahmen für Abgeordnetentätigkeiten in kommunalen Unternehmen und dass Einkünfte erst ab einer bestimmten Höhe angegeben werden müssen.

Wir waren Teil der großen fraktionsübergreifenden Mehrheit der Abgeordneten, die 2011 ein sogenanntes Lobbyregister forderten: Die in Landesregierung und Landtag tätigen Interessenvertretungen müssen sich in ein öffentlich einsehbares Register eintragen. Statt einer beim Landtagspräsidenten angebotenen freiwilligen Eintragung, die nur die Lobbyarbeit im Parlament betrifft, will unsere Fraktion aber ein umfassendes, verpflichtendes und sanktionsbewährtes Lobbygesetz, das auch die Verwaltung mit einschließt.

## Fraktion gegen durchdrehende MinisterInnen

Das Drehtürprinzip bezeichnet die Übernahme einer herausragenden Funktion z. B. in einem Unternehmen unmittelbar nach dem Ausscheiden aus einem politischen Amt. Dass dort gewonnenes Insiderwissen umgehend mit gut dotierten Beratungsverträgen an anderer Stelle vergoldet wird, will unsere Fraktion gesetzlich ausschließen. Unsere Forderung, dass MinisterInnen und StaatssekretärInnen bis zu 3 Jahre nach ihrem Ausscheiden nicht in Bereichen tätig sein dürfen, die mit ihrer früheren politischen Karriere unmittelbar zusammenhängen, lehnte Rot-Rot ab. Die Regierung sah im Gegensatz zu uns auch keine Notwendigkeit, die nach wie vor hohen Versorgungszahlungen an voll arbeitsfähige politische Frührentner zu korrigieren.

### MEHR VON UNS

- Unser Informationsfreiheitsgesetz [gruenlink.de/ppk](http://gruenlink.de/ppk)
- Lebensmittelkontrollen [gruenlink.de/ppl](http://gruenlink.de/ppl)
- Lobbyregister [gruenlink.de/ppm](http://gruenlink.de/ppm)
- Nebeneinkünfte [gruenlink.de/ppn](http://gruenlink.de/ppn)
- Öffentlichkeit der Ausschüsse [gruenlink.de/ppo](http://gruenlink.de/ppo)
- Stasi-Überprüfung [gruenlink.de/ppp](http://gruenlink.de/ppp)



War Brandenburg mit seinem 1992 in der Verfassung verankerten Akteneinsichtsrecht und mit dem Akteneinsichts- und Informationsgesetz von 1998 noch bundesweit vorbildlich, ist es 15 Jahre später Schlusslicht.

### Fraktion für freien Zugang zu Informationen

2012 brachte unsere Fraktion ein Gesetz in den Landtag ein, das den Zugang zu Informationen neu regeln sollte. Mit Steuergeldern zusammengetragene Daten von Behörden und öffentlichen Stellen, von kommunalen und Verbrauchsprodukte herstellenden Unternehmen sollen für jedeN zugänglich sein – mit so wenigen Ausnahmen wie möglich. In unserer Anhörung und im Fachgespräch erfuhr der grüne Entwurf viel Zustimmung von Fachleuten, darunter der Brandenburger Datenschutzbeauftragten.

Durch uns unter Druck geraten, verabschiedete Rot-Rot ein Jahr später ein eigenes Gesetz, das Fachleute und Opposition in seiner Kleinmütigkeit enttäuscht und das weit hinter

den Anforderungen einer Informationsgesellschaft zurückbleibt. Hygieneuntersuchungen in Restaurants, Planungen zu Großprojekten und bestimmte Wetterdaten fallen in Brandenburg also auch künftig unter das Aktengeheimnis. Ein Erfolg: In der von uns angestoßenen Debatte musste sich Rot-Rot jedoch verpflichten, 2014 über den Stand zu „Open Government Data“ in Brandenburg zu informieren.

### Testergebnisse veröffentlichen!

Smiley, Ampel oder Barometer: Der Name ist egal, auf den Inhalt kommt es an. Der Landesregierung aber offensichtlich nicht. Zur Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen, wie unsere Fraktion es im Landtag fordert, lässt sich Rot-Rot nicht bewegen. Wir möchten Daten, die Behörden ohnehin erheben und speichern, öffentlich zugänglich machen. Der Verweis der Verbraucherschutzministerin auf den Bund, der das einheitlich regeln müsse, ist ein Täuschungsmanöver. ■

### ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Das Verbraucherschutzministerium startete 2012 eine groß angelegte Diskussion zu seiner verbraucherschutzpolitischen Strategie – jedeR sollte sich beteiligen. Doch unseren Antrag im Parlament für mehr Transparenz von Lebensmittelkontrollen wollte Rot-Rot nicht einmal im Ausschuss diskutieren.

Rot-Rot wollte wie wir ein umfassendes Lobbyregister. Dann kamen der Regierung Bedenken um Bedenken, so dass das verpflichtende Register zu einer freiwilligen Eintragungsliste im Landtag schrumpfte.

# URSULA NONNEMACHER

**Sprecherin für Innen- und Kommunalpolitik, Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen**

**Wie ziehen Sie Ihre persönliche Bilanz? Worauf sind Sie stolz?**

Ohne unsere Gesetzentwürfe zur direkten Demokratie hätte es vermutlich nicht postwendend das erste erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte des Landes gegeben. Auch Wahlalter 16 – eine alte grüne Forderung – wäre ohne uns nicht zustande gekommen. Mit unserem modernen Informationsfreiheitsgesetz haben wir Rot-Rot alt aussehen lassen und wenigstens erzwungen, dass die Debatte über Open Data weitergeht. In der Flüchtlingspolitik haben wir einiges bewegt. Auch dass der Abschlussbericht der Enquete zur Verwaltungs- und Gebietsreform eine spürbar grüne Handschrift trägt und wir an der Antirassismusklausel in der Verfassung maßgeblich beteiligt waren, ist mir wichtig.

**Was ist noch offen? Gab es auch bittere Erfahrungen?**

Es schmerzt mich, dass wir bei Volksbegehren nicht die öffentliche Unterschriftensammlung erreichen konnten – das war unser großes Ziel, um die Beteiligungshürden zu senken. Auch unsere Versuche, mehr Beteiligungsrechte für BürgerInnen und eine Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in die Kommunalverfassung zu bringen, waren vorerst erfolglos. Auf meiner Agenda bleiben auch mehr Geld für Frauenhäuser, ein fortschrittliches Informationsfreiheitsgesetz sowie Barrierefreiheit und soziale Inklusion.

## VERSprochen UND GEHALTEN

- Die Probleme unserer Kommunen stärker in die Landespolitik einbringen.
- Mehr Öffentlichkeit, mehr BürgerInnenbeteiligung.
- Konsequenz gegen Rechts-extremismus und Diskriminierung von Minderheiten.

**Was bleibt besonders in Erinnerung?**

Die Begegnungen mit Menschen! Wir luden Asylsuchende zu einer Anhörung in den Sozialausschuss ein. Das Eröffnungswochenende im neuen Landtag mit 22.000 Menschen bleibt ein unvergessliches Erlebnis. Tief beeindruckten mich die Besuche in Kranken-



## BIOGRAFISCHES

**Privates:** Geboren 1957 in Wiesbaden · 3 Kinder, verheiratet · Wohnort: Falkensee

**Berufliches:** Medizinstudium in Mainz und Berlin, Approbation 1983 · Fachärztin für Innere Medizin · Schichtdienst auf interner Intensivstation

**Politisches:** Gründungsmitglied des bündnisgrünen Ortsverbandes Falkensee 1997 · seit 2003 Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende · Mitglied in vielen Verbänden und Initiativen

Seit 2009 Mitglied des Landtags · Ausschuss für Inneres, Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Parlamentarische Kontrollkommission, Enquete 5/2

häusern, Ausbildungswerkstätten, Flüchtlingsheimen und einer Hebammenpraxis.

**Wie hat die Arbeit als Abgeordnete Ihr Leben verändert?**

Viel Arbeit zu ungünstigen Zeiten war ich als Krankenhausärztin im Schichtdienst gewohnt – es ist eher noch mehr geworden. Ich empfinde es als großes Privileg, Arbeitsschwerpunkte selbst zu setzen. Es besteht aber die große Gefahr, dass die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit völlig verschwimmt. Ich musste lernen, auch mal „nicht im Einsatz“ zu sein. Mich bereichert die Zusammenarbeit mit so vielen Menschen und das Einarbeiten in viele neue Themen ungemein. ■

# GLEICHBERECHTIGUNG FÜR ALLE

Unsere quotierte Fraktion hat sich für mehr Gleichberechtigung und für mehr Rechte von Gleichstellungsbeauftragten starkgemacht. Das Audit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ließ Rot-Rot leider auslaufen, statt es auszuweiten. Viel haben wir für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht. Für Menschen mit Behinderungen und den Pflegenachwuchs gibt es noch viel zu tun.

Die Geschlechtergerechtigkeit ist im bündnisgrünen Grundsatzprogramm verankert. Die Idee der Quote ermöglicht Frauen mehr politische und ökonomische Teilhabe. In Deutschland soll ab 2016 eine 30 %-Quote für weibliche Aufsichtsräte in deutschen börsennotierten Unternehmen gelten – das wird bundesweit gerade einmal 300 Frauen auf einen Chefessal bringen!

In Brandenburgs Kommunalvertretungen sind Frauen nur zu knapp einem Viertel vertreten, bei BürgermeisterInnen und AmtsdirektorInnen ist der Anteil noch geringer, es gibt nur eine Landrätin. Auf Initiative unserer Fraktion gab es 2011 zum ersten Mal im Brandenburger Landtag eine Aktuelle Stunde zur Frauenpolitik. Wir diskutierten den Stand der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Brandenburg.

## Fraktion für die Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Das 2013 in Brandenburg novellierte Landesgleichstellungsgesetz führte eine 50%ige Frauenquote in Landes- und Kommunalverwaltungen sowie



Das Thema Hebammenbetreuung hat im Landtag Fuß gefasst.

in landeseigenen Unternehmen ein. Aber für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten hatte unsere Fraktion mehr Befugnisse und einen gesicherten Handlungsrahmen gefordert. Wir beantragten, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte schon ab einer EinwohnerInnenzahl von 20.000 statt ab 30.000 verpflichtend einzusetzen. Das lehnte Rot-Rot ab.

## Beruf und Familie vereinbaren können

Mit dem „Audit familieundberuf“ begann die Landesregierung 2010, Ministerien und Behörden daraufhin zu prüfen, wie Frauen und Männer bei einem partnerschaftlichen Familienmodell unterstützt werden können. Unseren Antrag, die erfolgreich angelaufene Zertifizierung auf die gesamte Landesverwaltung auszudehnen, lehnte Rot-Rot leider ab. Aufgrund der fehlenden Signalwirkung der Landesregierung geriet die Auditierung in Unternehmen ins Stocken.

## Situation für Hebammen und Mütter verbessern

Unsere Große Anfrage zur Zukunft der Hebammen in Brandenburg brachte ans Licht, dass Schwangere in Brandenburg nicht genug freiberufliche GeburtshelferInnen und Familienhebammen finden und dass fast ein Drittel aller Babys durch Kaiserschnittbindung zur Welt kommt (die Weltgesundheitsorganisation hält 15 % für medizinisch gerechtfertigt). Wir sehen darin einen Zusammenhang und beantragten, die Gesundheitsversorgung werdender Mütter durch eine bessere Hebammenbetreuung zu sichern. Auch wenn Rot-Rot unserem Antrag nicht folgte, ist das Thema endlich im Landtag angekommen und Lösungen werden diskutiert.

## Fraktion für Ausbildungsumlage in der Pflege

Gegenwärtig haben wir 29.000 PflegerInnen, in 2030 brauchen wir 54.000. Um genügend Fachkräfte auszubilden, forderte unsere Fraktion mit der CDU, dass Pflegeeinrichtungen, die nicht ausbilden, eine Ausbildungsumlage zur Mit-



Ursula Nonnemacher, Sieglinde Heppener (SPD), Sabine Hübner (Landesgleichstellungsbeauftragte) und Petra Rostock (Frauenpolitischer Rat Brandenburg) am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25.01.2013 (v.l.n.r.)

### MEHR VON UNS

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie [gruenlink.de/ppp](http://gruenlink.de/ppp)
- Große Anfrage Hebammen [gruenlink.de/ppr](http://gruenlink.de/ppr)
- Unsere Frauenpolitik [gruenlink.de/ppt](http://gruenlink.de/ppt)
- Pflege [gruenlink.de/ppv](http://gruenlink.de/ppv)
- Lebenspartnerschafts-anpassungsgesetz [gruenlink.de/ppu](http://gruenlink.de/ppu)

finanzierung des Pflegenachwuchses zahlen. Rot-Rot lehnte dies ab. Unsere Vorschläge zur Nachbarschafts- und Selbsthilfe, zum Ehrenamt und zur Beteiligung von Netzwerken sind in das Landespflegegesetz 2011 eingeflossen.

#### Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Für die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes brachte unsere Fraktion 2012 Vorschläge ein, die die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessert hätten. Wir forderten, dass die Fördermittel wie bei der EU an die bauliche Barrierefreiheit geknüpft werden, damit öffentliche Gebäude für alle zugänglich sind. Zur Verbesserung der Informationsbarrierefreiheit wollen wir Gebärdensprache nicht nur in öffentlichen Verwaltungen, sondern auch in Schulen und Kitas ermöglichen. Verwaltungen, Einrichtungen, Vereinigungen und Unternehmen des Landes sollen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen verpflichtet werden. Die Position der stimmberechtigten Mitglieder des Landesbehindertenbeirates wollen wir stärken. Rot-Rot übernahm die Anträge nicht.

#### Fraktion fördert Gleichstellung im Lebenspartnerschafts-anpassungsgesetz

Das Lebenspartnerschafts-anpassungsgesetz setzt europäisches Recht und deutsches Richterrecht zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe in Brandenburg um. Wir brachten 2011 erfolgreich eine Gesetzesänderung zur Regelung der Hinterbliebenenversorgung von LebenspartnerInnen ein und schlossen damit eine diskriminierende Lücke. Der weiterhin bestehende Handlungsbedarf, wie z. B. im Adoptions- und Steuerrecht, ist auf Bundesebene zu regeln. Die Öffnung der Ehe, wie sie in mehreren europäischen Nachbarländern der Fall ist, bleibt unser Ziel. ■

#### ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Rot-Rot versprach im Koalitionsvertrag, Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder weiterzuentwickeln. Dennoch ließ die Regierung unsere Anträge zur finanziellen Absicherung der Frauenhäuser und der dort lebenden Kinder 2011, 2012 und 2013 durchfallen.

# WILLKOMMEN IN BRANDENBURG!

Unsere Fraktion hat die Antirassismusklausel in der Landesverfassung entscheidend mitgeprägt und damit ein deutliches Signal gegen Rechtsextremismus gesetzt. Zum friedlichen Zusammenleben in Brandenburg gehören ebenso der Schutz von Minderheiten und eine Willkommenskultur für Flüchtlinge.

## MEHR VON UNS

- Antirassismusklausel [gruenlink.de/ppw](http://gruenlink.de/ppw)
- Unterbringung von Flüchtlingen [gruenlink.de/ppx](http://gruenlink.de/ppx)

„Schutz des friedlichen Zusammenlebens“ – der Titel des neuen Artikels 7a in der Brandenburger Verfassung stammt von uns. Er ist mehr als die Überschrift der 2013 aufgenommenen Antirassismusklausel. Unsere Fraktion stellt die Förderung des Zusammenlebens und die Ermutigung der Zivilgesellschaft vor das Verbot rassistischen Gedankenguts. Am Ende trugen alle Fraktionen die Verfassungsänderung mit.

Dem Geist einer Antirassismusnovelle folgend beantragte unsere Fraktion, auch die Minderheitenrechte der deutschen Sinti und Roma in die Verfassung aufzunehmen. Das entspräche auch europäischen Regeln zum Schutz nationaler Minderheiten und wurde in Schleswig-Holstein so umgesetzt. Die Landtagsmehrheit wollte unserem Vorschlag nicht folgen. Wir prüfen nun, ob sich die Rechte der Sinti und Roma über einen Staatsvertrag oder eine Rahmenvereinbarung nach dem Vorbild anderer Bundesländer besser schützen lassen.

Wir prüfen nun, ob sich die Rechte der Sinti und Roma über einen Staatsvertrag oder eine Rahmenvereinbarung nach dem Vorbild anderer Bundesländer besser schützen lassen.

### Menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen

Antirassismus als Staatsziel ist ein starkes Symbol – angesichts der Konjunktur rechtspopulistischer Parteien in Europa und vor



Die „Tage der Demokratie“ werben für ein tolerantes Brandenburg.

dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen auch in unserem Bundesland. 2013 kamen etwa 3.500 Asylsuchende in unser Land, nachdem die Zahl von jährlich 32.000 Asylsuchenden Mitte der 1990er Jahre in 2007 auf 570 gesunken war.

2011 stieß unsere Fraktion die Diskussion zur Sicherstellung einer menschenwürdigeren Unterbringung von AsylbewerberInnen an. Mit der FDP zeigten wir 2012 in einem Antrag, wie Landesregierung und Kommunen die Lebenssituation von Flüchtlingen im Land verbessern können. Der Landtag nahm unsere Vorschläge zur bevorzugten Unterbringung in Wohnungen, für Mindeststandards in Gemeinschaftsunterkünften, zur medizinischen und sozialen Betreuung und Beratung der Flüchtlinge sowie für Deutschkurse auf und beauftragte das Land mit der Umsetzung. Leider konnten sich Landesregierung und Kommunen bisher nicht auf ein gemeinsames verbindliches Unterbringungskonzept verständigen.

Mit den auch auf unseren Druck hin für 2013/14 zusätzlich bereitgestellten Mitteln werden die Kommunen nun hoffentlich nicht nur mehr Unterkünfte, sondern auch mehr Wohnungsunterbringung und bessere Standards realisieren können. ■

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Die Minderheitenrechte für Sorben und Wenden sind in der Verfassung festgelegt. Bei einer Novelle des Sorben/Wenden-Gesetzes 2013 verweigerte sich Rot-Rot jedoch unserem Antrag, das Siedlungsgebiet wie in Sachsen gesetzlich festzulegen. Die Sorben und Wenden in den 43 Gemeinden, in denen der niedersorbische Sprachgebrauch nachweisbar ist oder die sorbisch-wendische Kulturbräuche pflegen, sind auf das Wohlwollen der jeweiligen Mehrheit in ihren Kommunen angewiesen. Ein Teil von ihnen hat es mit Verweis auf die Kassenlage abgelehnt, offizieller Teil des sorbisch-wendischen Siedlungsgebietes zu sein.

# MEHR AM LEBEN AUSRICHTEN: STRAFVOLLZUG UND POLIZEIREFORM

Die von uns eingeforderte Resozialisierung von StraftäterInnen ist im neuen Justizvollzugsgesetz enthalten – die Finanzierung jedoch ungeklärt. Wir haben mit durchgesetzt, dass Polizeikräfte an der Uniform gekennzeichnet sein müssen. Zu groß sind uns aber noch die Spielräume bei der Handy-Ortung und Kfz-Kennzeichenerfassung.

Im Jahr 2011 beantragten wir im Landtag, die Resozialisierung im Strafvollzug zu verbessern – die Landesregierung legte Ende 2012 dann ein neues Justizvollzugsgesetz vor. Es enthält viele unserer Forderungen, um Gefangene auf ein Leben in der sozialen Gemeinschaft vorzubereiten und das Rückfallrisiko zu senken. Sowohl für die in den Strafvollzug einzubettenden Arbeits-, Bildungs- und Therapieangebote für die Inhaftierten als auch für die Betreuung der Gefangenen braucht es aber vor allem mehr und qualifiziertes Personal. Wenn die Mittel dafür weder im Gesetz noch – wie von uns beantragt – im Landeshaushalt vorgesehen sind, werden die fortschrittlichen Regelungen in den 6 Gefängnissen des Landes nicht ankommen.

## Transparenz und BürgerInnennähe der Polizei

Die Landesregierung korrigierte 2014 endlich die willkürliche Zielzahl von 7.000 Stellen bei der Polizei nach oben – ein komplettes Zurück bei der Polizeireform darf es aber nicht geben. Statt Stellenpoker und kurzfristiger Sparkonzepte braucht die Polizei ein an den Aufgaben orientiertes Personalkonzept, in dem sich die rückläufige Kriminalität widerspiegelt, aber auch die Probleme bei Einbruchdelikten und beim Autoklau. Unsere Fraktion will darin neben leistungsgerechter Besoldung und Gesundheitsförderung auch einen Polizeibeauftragten für ein unabhängiges Beschwerdemanagement verankern.

„Nach Wriezener“: Unsere grünen Abgeordneten zeigten diesen HFF-Dokumentarfilm von Daniel Abma über 3 straffällig gewordene Jugendliche an mehreren Orten im Land und diskutierten Wege und Chancen von Resozialisierung.

## Fraktion gegen unnötige und rechtswidrige Fahndungsinstrumente

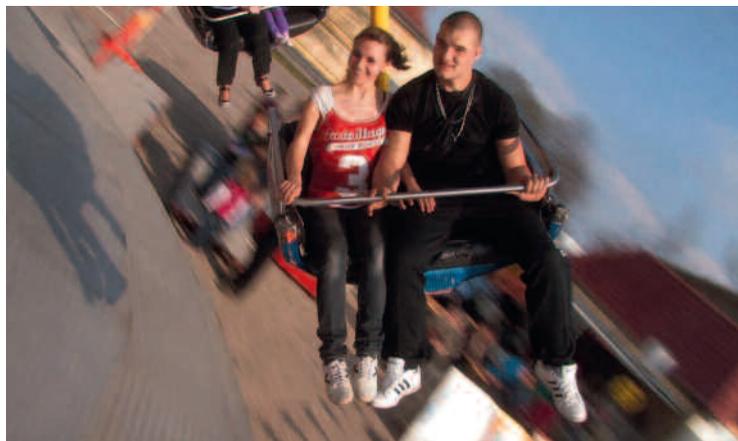
Die Handy-Ortung und die Erfassung von Kfz-Kennzeichen sind zur Verfolgung schwerer Straftaten bereits durch Bundesgesetze geregelt. Wir forderten deshalb 2011, den automatischen und vorbeugenden Einsatz dieser Fahndungsinstrumente (außer bei vermissten, hilflosen oder suizidgefährdeten Personen) ganz aus dem Brandenburger Polizeigesetz zu streichen. Die vor Fußballspielen und Versammlungen allgemein eingesetzte Kennzeichenerfassung greift rechtswidrig in BürgerInnenrechte ein. Unser Protest führte zumindest dazu, dass Rot-Rot diese Befugnisse nicht unbefristet, sondern erstmalig bis 2015 fest schrieb. ■

## ROT-ROT: VERSPROCHEN UND GEBROCHEN

Rot-Rot stimmte der Namenskennzeichnung bei der Polizei zu. Doch statt den Polizeikräften die von uns geforderte einsatzbezogene Wahl zwischen Namensschild und Nummer ohne Ausnahme vorzuschreiben, verwässerte Rot-Rot die eigene Festlegung der Namenskennzeichnung mit vielen Ausnahmen.

## MEHR VON UNS

- Resozialisierung [gruenlink.de/ppy](http://gruenlink.de/ppy)
- Grüne Filmreihe „Nach Wriezener“ [gruenlink.de/ppz](http://gruenlink.de/ppz)
- Innenpolitik [gruenlink.de/pq2](http://gruenlink.de/pq2)



# GRÜNER RÜCKENWIND FÜR KOMMUNEN

Die Empfehlungen der Enquetekommission 5/2 enthalten viele bündnisgrüne Ideen. Trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen und sinkender Einnahmen kann die künftige Kommunalverwaltung nah an den Menschen, effizient und von hoher Qualität sein.

## MEHR VON UNS

- Enquete 5/2: „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ [gruenlink.de/prw](http://gruenlink.de/prw)
- Fraktionsgutachten zur Gemeindestruktur [gruenlink.de/pq3](http://gruenlink.de/pq3)

Im Jahr 2030 werden in Brandenburg nur noch rund 2,2 Millionen Menschen leben – fast 300.000 weniger als 2008. Die eine Hälfte von ihnen konzentriert sich auf 15 % der Landesfläche im berlinnahen Raum, die andere verteilt sich auf die restlichen 85 %. Die Anfang 2011 auf Initiative der Opposition ins Leben gerufene Enquetekommission 5/2 zeigt auf, wie sich die Verwaltungen von Land und Kommunen angesichts des demografischen Wandels und sinkender finanzieller Mittel aufstellen müssen.

## Erfolg: AmtsbürgermeisterInnen werden direkt gewählt

Das von unserer Fraktion beauftragte Gutachten zur künftigen Gemeindestruktur wurde regelrecht zum Arbeitsmaterial für die Enquetemitglieder. Die darin vorgeschlagene Verbandsgemeinde greift die Kommission auf und nennt sie Brandenburgische Amtsgemeinde. Die AmtsbürgermeisterInnen werden dann direkt von den BürgerInnen gewählt. Schmerzhafte Fusionen sind nicht notwendig – die derzeitigen Gemeinden können sich zur Amtsgemeinde zusammenschließen, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Eine gemeindliche Hauptverwaltung soll ab 2030 für mindestens 10.000 EinwohnerInnen tätig sein – es sei denn, die Gemeindefläche würde in dünner besiedelten Regio-

nen zu groß. Dass es künftig 7 bis 10 Kreise statt übergroßer Regionalkreise geben soll, entspricht unserer Empfehlung. Zur schmerzhaften, aber notwendigen Reduzierung der kreisfreien Städte konnte sich die Kommission nicht durchringen.

Die Übertragung von Landesaufgaben auf die Kreise geht uns zu weit. Um die Fachlichkeit zu wahren und eine politische Beeinflussung zu vermeiden, sollten Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz auch Landesaufgaben bleiben. Die Fraktion fordert, dass die finanzpolitischen Folgen der Gebiets- und Funktionalreform noch weiter untersucht werden.

## Fraktion für mobilen BürgerInnenservice und E-Government

Die Empfehlungen enthalten bündnisgrüne Vorschläge zur Beteiligung der BürgerInnen am Reformprozess und zu ihren Mitwirkungsrechten in den Gemeinden. Es muss außerdem mehr mobilen BürgerInnenservice und bessere E-Government-Angebote geben, damit mancher Behördengang überflüssig wird. Der Regierung wurden Prüfaufträge zu Finanzen, zu Aufgaben im Bereich Wasser/Abwasser und zur Gesundheitsberichtserstattung aufgetragen. ■

## ROT-ROT: VERSprochen UND GEBROCHEN

Rot-Rot hat im Koalitionsvertrag versprochen, Bürgerkommunen und Bürgerhaushalte zu befördern. Entsprechende gesetzliche Änderungen, spezifische Förderung, ansatzweise Umsetzung: Fehlanzeige. Rot-Rot versprach, die Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte hinsichtlich der Aufgabenerfüllung als untere staatliche Landesbehörde zu überprüfen. Passiert ist: nichts. Im Enquetebericht fehlt die Position zu den kreisfreien Städten.



Das Ziel ist festgelegt. Die Arbeit beginnt jetzt.

## ENDE GUT, ALLES GUT?!

Die von unserer Fraktion angestoßene Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat eine zunächst unerwünschte und dann kontroverse Diskussion ins Parlament geholt. Sie hat Brandenburg verändert und dem politischen Klima gutgetan. Durch unsere Initiative wurden nach 15 Jahren Unterbrechung Stasi-Überprüfungen bei Abgeordneten eingeführt und es soll jetzt ein Härtefallfonds für politisch Verfolgte eingerichtet werden.

Brandenburg hat zu den anderen ostdeutschen Bundesländern aufgeschlossen: Mit der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur gibt es für Benachteiligte und Verfolgte der SED-Diktatur erstmals eine Ansprechpartnerin. Durch die von uns initiierte Überprüfung der Abgeordneten auf MFS-Belastungen müssen PolitikerInnen transparenter mit ihrer Biografie umgehen. Und die Enquete hat der Landespolitik konkrete Handlungsempfehlungen unterbreitet.

Für politisch Verfolgte, die durch bestehende Gesetzeslücken fallen, ist ein Härtefallfonds geplant. Rehabilitierungs- und Anerkennungsverfahren sollen verbessert und Betroffene stärker in die Erinnerungskultur des Landes einbezogen werden. Vernachlässigte Erinnerungsorte wie das Zuchthaus Brandenburg-Görden oder das ehemalige Militärgefängnis Schwedt sind weiterzuentwickeln. Die Landesregierung wird aufgefordert, die historische und demokratische Bildungsarbeit an den Schulen zu verbessern.

### Fraktion will Wiedergutmachung für Neusiedler-ErbInnen

LPG-Umwandlungen, die LandwirtInnen um ihre Genossenschaftsanteile prellten, sollen ebenso auf den Prüfstand wie eine das sogenannte Landgrabbing begünstigende Agrarförderungspolitik (s. auch S. 14). Die Kommission empfahl, vom Land nach 1990 enteignete Neusiedler-ErbInnen wieder in ihre Rechte zu setzen. Den von uns Ende 2013 in den Landtag eingebrachten Entwurf für ein entsprechendes Bodenreform-



Neusiedler-ErbInnen kämpfen vor dem Landtag um ihre Rechte (mit Axel Vogel, 4. v. l.).

wiedergutmachungs-Gesetz lehnte Rot-Rot jedoch kurzerhand ab.

### Brandenburg emanzipiert sich von der „kleinen“ DDR

Die kontrovers gestartete Kommission hat in großem Einvernehmen ihre Arbeit beendet. Einen Schlusstrich unter die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte kann auch die Enquete nicht ziehen. Für die Umsetzung der Empfehlungen in praktische Politik braucht es einen langen Atem und eine wache Gesellschaft. ■

### MEHR VON UNS

- Fraktionssymposium und Handlungsempfehlungen zur Enquete 5/1 [gruenlink.de/pq5](http://gruenlink.de/pq5)
- Gesetz für Neusiedler-ErbInnen [gruenlink.de/pq6](http://gruenlink.de/pq6)

# DIE MITARBEITERINNEN

## GESCHÄFTSSTELLE



**Anna Mikulcová**  
Fraktionsgeschäftsführerin  
Tel. 0331 966 1701  
anna.mikulcova@gruene-fraktion.brandenburg.de



**Andreas Tietze**  
Assistent der Geschäftsführung  
Tel. 0331 966 1701  
andreas.tietze@gruene-fraktion.brandenburg.de



**Benjamin Grochowski**  
Vorstandsassistent  
Tel. 0331 966 1700  
benjamin.grochowski@gruene-fraktion.brandenburg.de

## PRESSESTELLE



**Tobias Arbinger**  
Pressesprecher  
Tel. 0331 966 1706  
tobias.arbinger@gruene-fraktion.brandenburg.de



**Frauke Zelt**  
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Stellv. Pressesprecherin  
Tel. 0331 966 1722  
frauke.zelt@gruene-fraktion.brandenburg.de



**Seema Mehta**  
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit  
Tel. 0331 966 1710  
seema.mehta@gruene-fraktion.brandenburg.de

## MITARBEITERINNEN DER BÜRGERINNENBÜROS



**Michael Ahlers, Andreas Reichling**  
BürgerInnenbüro Axel Vogel  
Friedrich-Ebert-Straße 2  
16225 Eberswalde  
Tel. 03334 380 380  
ahlers@axelvogel.de, reichling@axelvogel.de  
www.axelvogel.de



**Frauke Havekost**  
Regionalbüro Marie Luise von Halem  
Ritterstraße 90  
14770 Brandenburg an der Havel  
Tel. 03381 5503 452  
mail@ml-halem.de  
www.ml-halem.de



**Mike Kess**  
BürgerInnenbüro Sabine Niels  
Gartenstraße 42a  
15517 Fürstenwalde  
Tel. 0331 966 1704  
mail@sabine-niels.de  
www.sabine-niels.de



**Sebastian Koepen, Jolanta Pranca**  
BürgerInnenbüro Michael Jungclaus  
Rudolf-Breitscheid-Allee 82  
15366 Neuenhagen  
Tel. 03342 309 016  
mail@michaeljungclaus.de  
www.michaeljungclaus.de



**Ulrike Legner-Bundschuh**  
BürgerInnenbüro Ursula Nonnemacher  
Potsdamer Straße 10  
14612 Falkensee  
Tel. 03322 831 290  
mail@ursulanonnemacher.de  
www.ursulanonnemacher.de



**Ingrid Schwibbe, Torben Wöckner**  
BürgerInnenbüro Christoph Schulze  
Bahnhofstraße 25  
15806 Zossen  
Tel. 03377 302 675  
christoph.schulze@gruene-fraktion.brandenburg.de  
www.christoph-schulze.de

**FACHREFERENTINNEN**



**Martin Bär**  
Referent für Bildung, Jugend und Sport  
Tel. 0331 966 1720  
martin.baer@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Tobias Franke-Polz**  
Referent für die Enquete-Kommission 5/1  
Tel. 0331 966 1716  
tobias.franke-polz@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Thomas von Gizycki**  
Referent für Wirtschaft, Europa,  
Haushalt und Finanzen  
Tel. 0331 966 1711  
thomas.gizycki@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Jörg Gleisenstein**  
Referent für Kommunalpolitik  
und Enquetekommission 5/2  
Tel. 0331 966 1715  
joerg.gleisenstein@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Hans Kremer**  
Referent für den Untersuchungsausschuss  
BBG-/Immobilienaffäre  
Tel. 0331 966 1719  
hans.kremer@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Martin Kühn**  
Referent für Wissenschaft, Forschung  
und Kultur  
Tel. 0331 966 1723  
martin.kuehn@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Svenja Schünemann**  
Referentin für Umwelt, Landwirtschaft,  
Verkehr und Infrastruktur  
Tel. 0331 966 1713  
svenja.schuenemann@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Katharina Strauß**  
Justitiarin / Referentin für Recht,  
Inneres und Petitionen  
Tel. 0331 966 1714  
katharina.strauss@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Brigitte Stumm**  
Referentin für Soziales, Gesundheit  
und VerbraucherInnenschutz  
Tel. 0331 966 1712  
brigitte.stumm@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Dietrich von Tengg-Kobligk**  
Referent für Klima und Energie  
Tel. 0331 966 1721  
dietrich.tengg-kobligk@  
gruene-fraktion.brandenburg.de



**Stefanie Waldvogel**  
Referentin für das Flughafenprojekt BER  
Tel. 0331 966 1726  
stefanie.waldvogel@  
gruene-fraktion.brandenburg.de

**INFO@GRUENE-FRAKTION.BRANDENBURG.DE**

**FAX 0331 966 1702**

# BIGLANZLICHTER DER LEGISLATURPERIODE

## BAUMPFLANZUNGEN

Auf jeder Klausur pflanzte unsere bündnisgrüne Fraktion einen zur jeweiligen Region **passenden Baum**:

- Apfelbaum, 2010 in Seehausen
- Elsbeere, 2011 in Havelsee
- Wildbirne, März 2012 in Joachimsthal
- Kastanie, Oktober 2012 als Alleelückenschluss in Potsdam/Hermannswerder
- Wildapfel, März 2013 Steinhöfel
- Landsberger Renette, Dezember 2013 in Bad Belzig

## PLENARSTATISTIK\*

Mit **228 Landtagsreden** ist unsere bündnisgrüne Abgeordnete Ursula Nonnemacher Spitzenreiterin unter allen Brandenburger Abgeordneten aller Fraktionen.

Michael Jungclaus stellte mit **mehr als 100 Kleinen Anfragen** die meisten aus der bündnisgrünen Fraktion.

Von den insgesamt **166 im Landtag diskutierten Gesetzentwürfen** (davon 122 verabschiedet) hat unsere Fraktion 22 mit eingebracht. Von den 13 allein von uns eingebrachten Gesetzesvorschlägen wurden 2 später – mit Änderungen – verabschiedet: Die Stasi-Überprüfung im Abgeordnetengesetz und das Gesetz zur Volksabstimmung.



Bündnisgrüne Abgeordnete und MitarbeiterInnen pflanzen im Dezember 2013 mit der Landsberger Renette eine alte Apfelsorte.

\*Stand 31.12.2013



Die 6 Abgeordneten der bündnisgrünen Fraktion im Brandenburger Landtag: Sabine Niels, Marie Luise von Halem, Ursula Nonnemacher, Axel Vogel, Michael Jungclaus, Christoph Schulze

Fast ein Viertel aller Anträge hat unsere bündnisgrüne Fraktion ins Parlament eingebracht. Angenommen wurden u. a. die Anträge auf Einsetzung der Enquete zur DDR-Aufarbeitung, zum Lärmschutz und Radverkehr, zum AsylbewerberInnenleistungsgesetz und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Unseren Antrag zur Mietpreisbremse vom Februar 2014 konnten wir zurückziehen, weil die Landesregierung bereits vor der Plenardiskussion darauf reagierte.

Mehr als ein Viertel der Großen Anfragen kam von uns, u. a. zur biologischen Vielfalt, zur Situation der Hebammen, zu Braunkohleschäden, Arbeitsbedingungen an Hochschulen und zur Wirtschaftlichkeit des BER.

Von den 65 Aktuellen Stunden im Landtag durfte die bündnisgrüne Fraktion 10 bestreiten. Wir brachten damit Themen wie die Spreeverockerung, BER-Flugrouten, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Flüchtlingsunterbringung, Direktwahlen, die Stasi-Debatte und die drohende Altersarmut auf die Tagesordnung des Parlaments.

## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

**Ganz grünes Kino:** Wir zeigten und diskutierten in unseren Filmreihen an vielen Orten Brandenburgs vor hunderten ZuschauerInnen u. a. die Streifen „Taste the Waste“, „Kriegerin“, „More than Honey“ und „Nach Wriezen“.

**Grün zur Sache:** Unsere Fraktion veranstaltete 20 Fachgespräche und 8 Kongresse und Symposien, darunter zur Sozial- und zur Wirtschaftspolitik, zu CCS und biologischer Vielfalt. Wir haben Veranstaltungsreihen zur Inklusion und zu erneuerbaren Energien, mehrere Diskussionsrunden, politische Radtouren und Sommertouren der Abgeordneten durchgeführt.

**brandGRÜN:** 15-mal erschien unsere Fraktionszeitung bisher. Wir veröffentlichten auch 10 Studien bzw. Dokumentationen, 10 Flyer mit unseren Positionen zu brennenden Themen und 3 politische Radkarten.



# IMPRESSUM

## Herausgeberin

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Brandenburger Landtag  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Tel. 0331 966 1701  
Fax 0331 966 1702  
info@gruene-fraktion.brandenburg.de  
www.gruene-fraktion-brandenburg.de

www.facebook.com/GrueneLandtagBB  
twitter.com/gruenelandtagbb

## Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Tobias Arbinger

## Gesamtredaktion

Frauke Zelt

## Redaktionsschluss

März 2014

## Gestaltung

ZITRUSBLAU GmbH, Berlin

## Druck

Druckhaus Dülmen Betz Vertriebs GmbH



## Fotonachweise

Titel: Fotocollage: by-studio – Fotolia.com,  
kebay – Fotolia.com, arolina66 – Fotolia.com,  
Lux – Fotolia.com, Sergiy Bykhunenko –  
Fotolia.com, Lux – Fotolia.com  
S. 6 - 9 © www.ideengruen.de/M. Pichlmaier  
S. 10 © Rainer Kurzeder  
S. 11 © hd-design – Fotolia.com  
S. 12 © Windrad-view7 – photocase.com  
S. 13 © Bergringfoto – Fotolia.com  
S. 15 © Miredi – Fotolia.com  
S. 20 © Gerhard Seybert – Fotolia.com  
S. 24 © Intel\_DE  
S. 25 © nailiaschwarz – photocase.com  
S. 27 © Jürgen Fälchle – Fotolia.com  
S. 28 © Dieter Ullrich  
S. 30 © lassedesignen – Fotolia.com  
S. 32 © kallejipp – photocase.com  
S. 33 © Guido Sutthoff  
S. 34 © GIBELHO – Fotolia.com  
S. 36 © Xiquence – Fotolia.com  
S. 38 © Brandenburgische Sportjugend  
S. 39 © J. Prauss/A. Läufer/HFF Potsdam 2012  
S. 40 © ferkelraggae – Fotolia.com/D. Nickelsen  
S. 16, 18, 21, 29, 35, 45  
© Jan Wischnewski/Fraktion

Alle Bilder ohne Angabe:  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Brandenburger Landtag

Diese Publikation enthält Informationen  
über die parlamentarische Arbeit der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger  
Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahl-  
werbung bestimmt.



[www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de)